

Wöchentlich 70 Bl., monatlich 2.— M. im voraus zahlbar. Postweg 2,75 M. einl. Verfr. Kost. Auslandsb. 5,50 M. pro Monat.

Das „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Donnerstags und Montags einmal. Die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, „Kulturzeitung“, „Sport und Spiel“ und „Kinderfreund“ betreffen Unterhaltung und Wollen. „Rechtschaffenheit“, „Technik“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einblättrige Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ „Reine Anzeigen“ des langgedruckten „Vorwärts“ (jeweils zwei langgedruckte Werte) jedes weitere Wort 12 Umlänge. Einblättrige der ersten Seite 15 Umlänge jedes weitere Wort 10 Umlänge. Werte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 40 Umlänge. Anzeigen für Abonnenten Seite 40 Umlänge. Anzeigen im Hauptgeschäft. Letzte Seite 2 monatlich von 9/1, bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernschreiber: Fönboll 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Verkaufsstelle: Berlin SW 68 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 68. Inkassokonto-Gesellschaft, Tepolitenstraße Lindenstr. 3

Gegen die Landbundheke!

Erklärung des Finanzministers im Reichstag.

Das Treiben des Landbundes, der die ländliche Bevölkerung gewissenlos gegen die Finanzämter heht, wurde gestern im Reichstag von den Rednern aller Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen gegeißelt.

Für die Reichsregierung gab Reichsfinanzminister Dr. Köhler die folgende Erklärung ab:

„Ich verarge es keinem Stand, wenn er seine Berufsfragen in Versammlungen bespricht, aber unter keinen Umständen kann die Regierung das dulden, was in den letzten Tagen da und dort vorgekommen ist.“

Vorgänge, die sich in keinem Rechtsstaat wiederholen dürfen.

(Sehr richtig! bei der Wehrheit.) Die Regierung wird hier ihre Pflicht tun ohne Ansehen des Standes und der Person. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Auch die deutschnationalen Minister!) Ich habe gesagt: die Regierung. Sie wird ihre Pflicht tun in Festigkeit, worauf das Volk einen Anspruch hat. In Paris z. B. sind ganz außerordentlich schwere Verstöße vorgekommen. Leid tut es mir nur um die armen irregesetzten Menschen, die sich jetzt vor dem Strafgericht verantworten sollen und Dinge zu büßen haben, in die sie, ich weiß nicht durch wen, hineingehert worden sind. (Zuruf rechts: Cure Steuerpolitik!)

Ich kann nur dringend bitten, hier kaltes Blut zu bewahren und Drohungen zu unterlassen, wie sie vor einigen Tagen dem Vorsteher eines Finanzamts gegenüber ausgesprochen worden sind.

das man nämlich nicht einstecken könne für das Leben der Volksehrwürdigen.

(Hört, hört!) Ich habe die dringende Bitte, daß die Führer der Organisationen, die es ja bei den hochgehenden Bogen sicherlich nicht leicht haben, die Fäden nicht aus der Hand geben, daß sie vielmehr beruhigend und mäßigend auf ihre Mitglieder einwirken. Die Regierung ist bereit, Notständen, wo sie wirklich hervortreten, Rechnung zu tragen. Durch den Erlass vom 20. Februar ist bereits angeordnet, daß die Finanzämter von Amts wegen festzustellen haben, wo Notstände vorliegen, und daß sie von Amts wegen Steuererstattungen und -nachlässe bewilligen. Aber eine wilde Justiz darf es nicht geben. Es kann auch nicht geduldet werden, daß in Bausch und Bogen in ganzen Gemeinden oder ganzen Bezirken die Landleute einfach erklärt: Wir zahlen nichts mehr! (Abg. Dr. Herx [Soz.]: Die Regierung hält das sogar für berechtigt, sie hat dazu aufgefordert! — Abg. Kube [Soz.]: Was! doch die Säbenschäufel zahlen! — Abg. Diehe [Dnat.]: Wir sind alle zahlungsunfähig!)

Die Landwirtschaft hat das größte Interesse daran, daß unterschieden wird zwischen denen, die einfach zahlungsunfähig sind, und denen, die in der Lage sind zu zahlen. Damit kommt man nicht durch, daß man einfach sagt: Wir sind zahlungsunfähig. (Zuruf rechts: Mit wenigen Ausnahmen!) Gut, dann wollen wir wenigstens, daß diese Ausnahmen zählen.

Ich bin verpflichtet, meine Beamten zu schützen, und werde alles tun, um diesen Schutz auch durchzuführen.

Es geht nicht, daß die Beamten in verschiedenen Landesteilen nur noch unter Bedrohungen arbeiten können. Die Regierung wird sich aber durch diese Vorkommnisse nicht zu der Annahme verleiten lassen, daß alles, was hier über die Not der Landwirtschaft gesagt wird, übertrieben sei. Ich weiß, daß weite Teile der Landwirtschaft, nicht nur die Großbetriebe, sondern auch Klein- und mittelbäuerliche Betriebe sich in ganz außerordentlicher Notlage befinden.“

Wenn der Reichsfinanzminister Dr. Köhler erfahren will, durch wen arme irregesetzte Landleute in Dinge gehert werden, die sie nun vor dem Strafgericht büßen müssen, so braucht er nur einen Blick in die deutschnationale Presse zu werfen. Er wird dort Berichte über Reden von deutschnationalen Reichstagsabgeordneten und Landtagsabgeordneten und Landbundesführern lesen, Aufsätze der deutschnationalen Presse, die alle nur dem einen Zweck dienen: zu hegen.

Dort sitzen die intellektuell Verantwortlichen!

Und wenn der Herr Reichsfinanzminister dann noch nicht Bescheid weiß, braucht er sich nur den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Diehe anzusehen, Besitzer des Ritterguts Kodersdorf in Sachsen, der ihm lediglich dazwischenrief: „Wir sind alle zahlungsunfähig!“

Sozialdemokratische Anfrage im Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag folgende Anfrage eingebracht:

„Seit Monaten bemüht sich der Landbund, die Landbevölkerung gegen die Staatsregierung aufzuputtschen. Unter dem stärksten Druck und unter Boykottandrohung sind die Landarbeiter und die Gewerbetreibenden auf dem Lande und in kleinen Landstädten zur Teilnahme an den Demonstrationen gezwungen worden. In vielen Fällen wurden die Kundgebungen durch die deutschnationalen und völkischen Landbundesführer zu Aufreizungen, zu Gewalttätigkeiten und zur Aufforderung zur offenen Auflehnung gegen die Staatsregierung mißbraucht. Uebergriffe der Demonstranten gegen andersdenkende Personen und gegen Behörden sind die Folgen gewesen.“

Der Landbund setzt dieses Treiben ununterbrochen fort. Wir fragen: Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um in Zukunft die öffentliche Ordnung gegenüber den Landbund-Übergriffen sicherzustellen und die für die Ausschreitungen verantwortlichen Personen zur Rechenschaft zu ziehen?“

Um die Seele des Landes.

Wahlarbeit und Wahlaussichten auf dem Dorfe.

Von Hermann Tempel, M. d. R.

Wir sprachen in einem Kreise politisch aktiver Menschen von der Seele des Landes, des platten Landes. Jemandem unter uns entglitt der Ruf, den alle dachten: Arensdorf! Wie der Lichtkegel eines Scheinwerfers fiel das Wort auf den Hintergrund unseres Bewußtseins und ließ drei haßverzerrte Gesichter aufleuchten: die Familie Schmelzer. Vater, Sohn und Mutter!

Wer das Dorf in seinem Verhältnis zum neuen Deutschland sehen will, darf nicht in das Arensdorf des Herrn Ildo v. Wippenleben gehen. Das ist Minderheit, beinahe Ausnahme. Das Land ist als Ganzes gesund geblieben, trotz der Giftsprühen, die ihm die Kreisblätter seit Jahren tagaus tagein verabreichen. Man muß die spärlichen Stunden der Ruhe aussuchen, die lergen Pausen zwischen Arbeit und Schlaf des Landproletariats.

Da sind die täglichen Bahnfahrten zwischen der Rate im Dorf und der Arbeitsstelle in der Stadt. Hunderttausende, Millionen von Männern und Frauen schwingen jeden Werktag diesen gewaltigen Pendelschlag der Arbeit willenlos mit. Wanderer zwischen Acker und Werkstatt; Proletariat zwischen zwei Welten! Früh um vier flackern die Lichter hinter den Scheiben der Dorfgassen auf. Eine Stunde Weg durch Dunkel und Regen, eine Stunde Fahrt, eingesperrt zwischen Menschen, Müdigkeit und Dunst, acht, neun und zehn Stunden lähmendes Einerlei in der Fabrik. Stumpfes Zurück, im überfüllten Abteil, auf grundlosem Weg. Dahin eine abgehefte Frau, Kinderlachen und Kinderweinen. Eine Stunde Arbeit auf dem Acker und im Stall. Vielleicht noch — Gipfel des Tages — eine letzte Zärtlichkeit von Mann und Frau. Das ist der Alltag, der die Seele ungezählter Menschen im deutschen Dorfe formt.

Das Bewußtsein der Klassenlage verdämmert darin. Der Wille zum Klassenkampf wird müde. Der Hunger nach einem Glauben irgendeiner Art, längst schon hinüber über die Wildheit eines primitiven Kommunismus ebenso wie — nicht selten — über die Jahnstunde eines schwärmenden Sekterertums, droht in Passivität und Indifferenz zu erlöschen. Wir lernen neulich einen Dorfschmied kennen, in dem bei den Dezemberwahlen 1924 von 3000 Wahlberechtigten fast ausnahmslos Fabrik- und Hafenarbeiter, nicht weniger als 2000 zu Hause geblieben waren.

Ganz verschüttet liegen häufig die Lebensenergien der Frauen in solchen Gebieten. Diese Frauen der Kleindauern, der Landarbeiter, der Fabrikarbeiter sind Leibeskräfte der Arbeit geworden. Das Haus, der Stall, der Acker zwängen sie, ihre Kraft zu verdreifachen. Keine Ruhe, keine Rücksicht, keine Freude, und sei es nur der Füllerranz eines Kindes. Die Tiermutter wird auf dem Lande geschont, wenn sie gebären soll, die Menschenmutter nicht. Nur wenige Tapfere bewahren sich die Spannkraft des Willens zur Abwehr. Sie sind unser Vortrupp. Die Masse erschläft. Wenn es gegeben ist, in dürftlichen Versammlungen hineinzugraben in die verschütteten Schächte dieser Frauenseelen, den Schutt der Alltagsfrohen wegzuräumen, wer den Glauben an die Befreiung der Arbeit, an die Mission der Arbeiterpartei zu predigen weiß, dem kann es geschehen, daß mit einem Male das versteinerte Gesicht einer alten Bäuerin lebendig wird und erlöschene Augen sich feuchten. Leben regt sich, wo alles tot schien.

Unermüßliche politische Energien liegen, bei Männern und Frauen auf dem Lande brach. Wer sie gewinnt, hat ein Stück Entscheidung erzwungen. Wir denken dabei nicht in erster Linie an die Massen der rein bäuerlichen Schichten. An ihnen kann nur auf lange Sicht gearbeitet werden. Wir meinen vielmehr die ausgesprochenen Acker- und Fabrikproletariat in jenen Dörfern, die weitab von den großen und kleinen Zentren des Lebens liegen. Sie politisch zu erfassen, ist schon heute möglich. Die Lösung dieser Aufgabe ist das lauteste Gebot dieser Stunde.

Es geht dabei um das politische Gewicht einer Millionenmasse. Man muß einmal die Ergebnisse der letzten Volks- und Betriebszählung von 1925 an diesem Maßstab messen. Von der Gesamtheit der 63 Millionen der Bevölkerung Deutschlands wohnen 22 Millionen in ländlichen Gemeinden (Gemeinden unter 2000 Einwohnern), 7 Millionen in Landstädten (2000 bis 5000 Einwohner), dagegen nur 25 Millionen in sämtlichen Mittel- und Großstädten (von 20.000 Einwohnern an aufwärts gerechnet) zusammengenommen. Unter den 22 Millionen Einwohnern der Dorfgemeinden mag — wir sind da auf Schätzungen angewiesen — in etwa zwei Millionen eigentlichen Bauernbetrieben, d. h. in Betrieben von 2 bis 100 Hektar Größe, die bäuerliche Bevölkerung rund 10 Millionen Menschen betragen. Die übrigen 12 Millionen sind ganz überwiegend Land- oder Industriearbeiter. Aus den 7 Millionen Einwohnern der Landstädte stoßen weitere Millionen in diesem Wood von Proletariats hinzu. Anders gesagt: in den Landgemeinden und Landstädten allein wohnen schätzungsweise mindestens 10 Millionen wahlberechtigte Männer und Frauen, die ihrer Klassenlage nach zu uns ge-

Rußlands Abrüstungsvorschlag.

Von Litwinow begründet, von Bernstorff und den Türken befürwortet.

Genf, 19. März. (Eigenbericht.)

Die Montagssitzung der Vorbereitenden Abrüstungskommission wurde von dem russischen Abrüstungsvorschlag und einer Rede Litwinows beherrscht. Nachdem der nunmehr eingetroffene türkische Außenminister Tewfik Rüşdy Bey bewillkommen worden war, und in seiner Entgegnung dem Wunsch der Türkei, als neutraler Staat zu leben, Ausdruck gegeben hatte, erhielt Litwinow das Wort. Der Vertreter der Moskauer Regierung ließ sich die Gelegenheit, dem Völkerbund und den westeuropäischen Regierungen ihre Sünden in der Abrüstungsfrage entgegenzuhalten, natürlich nicht entgehen. 38 Tagungen der Völkerbundversammlung und des Rats hätten über die Abrüstung 111 Resolutionen gefaßt, 14 andere Organe des Völkerbundes hätten 120 Sitzungen über die Abrüstungsfrage abgehalten, dagegen wolle Sowjetrußland den praktischen Beginn der Abrüstung. Der russische Vorschlag als organisches Ganzes zu betrachten, das nicht zerstückelt werden dürfe. Die Kommission und eine baldige Abrüstungskonferenz habe das Prinzip der Gesamtabrüstung anzunehmen oder abzulehnen, und im ersteren Falle mit der ersten Etappe der in vier Jahren zu vollziehenden Totalabrüstung anzufangen. Sowjetrußland, das neben nur drei anderen Staaten die Konventionen gegen den Gas- und Bakterienkrieg ratifiziert habe, wolle die Totalabrüstung, trotzdem es das Land sei, dessen Sicherheit am wenigsten gefährdet sei und von dem eine Provinz, Bessarabien, immer noch von fremden Truppen besetzt sei. Litwinow fragte Amerika, ob das Land, das gerade ein Verbot des Krieges vorgeschlagen habe, die sowjetrussische Abrüstung zurückweisen könne.

Genf, immer noch von fremden Truppen besetzt sei. Litwinow fragte Amerika, ob das Land, das gerade ein Verbot des Krieges vorgeschlagen habe, die sowjetrussische Abrüstung zurückweisen könne.

Graf Bernstorff nahm zu diesen Erklärungen sofort Stellung. Er erklärte, daß der sowjetrussische Plan dem Geist der Wilsonschen 14 Punkte, denen die Alliierten zugestimmt hätten, entspreche und mit der Arbeit der Abrüstungskommission harmoniere. Die Völkerbundstätigkeit auf dem Gebiet der Abrüstung halte auch Deutschland für sehr bescheiden und beschränkt. Die russische Einteilung der Abrüstung in Etappen, deren erste die Heere jeglichen Offensivcharakters entleide, sei gut. Bernstorff wünschte eine detaillierte Behandlung des Planes bei der zweiten Sitzung des eigenen Entwurfs der Kommission in den nächsten Tagen. Auch Deutschland verlange eine baldige Abrüstungsvollkonferenz und behalte sich einen dementsprechenden Antrag vor. Nachdem noch der türkische Außenminister Litwinow zu seinem Abrüstungsvorschlag beglückwünschte hatte, erstarb die Sitzung in peinlichem Schweigen, so daß der Vorsitzende sie vorzeitig schloß, mit dem Hinweis darauf, daß die anderen Delegationen am Dienstag Stellung nehmen sollten.

Frankreichs bleibender Vertreter zur Abrüstungsfrage, Paul Boncour, ist auf Wahlreisen, und Italien, England wie Amerika haben gleichfalls zurzeit nur Politiker zweiter Klasse in der Kommission.

hören. Das ist ein Viertel des wahlmündigen Volkes überhaupt. Ihre politische Erziehung ist eines der Kardinalprobleme der Demokratie schlechthin. Ihre Vernachlässigung bedeutet die Hemmung jeden Fortschritts.

Unter den möglichen Formen der politischen Erziehung der Landproletarier in ihrem Verhältnis zur Idee des Volksstaats steht die Arbeitstechnik des Reichsbanners in vorderster Linie. Disziplin, Rhythmus, Farbe, Musik: diese Elemente des Begriffs der geformten Masse, der im Dorf, weil ungewohnt, noch stärker wirkt als im Getriebe der Städte, ziehen magnetisch an. Wer einmal das Bild eines Reichsbanneraufmarsches auf dem Lande in sich aufgenommen hat, verliert es nicht wieder. Graue Bataillone von Männern in scharfer Ordnung, vor jeder kleinen Ortsgruppe das prunkende Schwarzrotgold der Fahnen, weithin leuchtend über das Grün der Wiesen und Acker, der federnde Takt der Trommeln und Hörner, der Troh und das Wagnis der Stägen auf Hecken und Äuften der Arbeiterwohnungen: ein lebendiges Symbol des Willens zum neuen Staat. Ein Erlebnis, das die Schären der Jugend, die voranziehen, die Ketten der Zuschauer, die die Straßen säumen, wochen- und monatelang bereuen und bedenken. Das Reichsbanner repräsentiert dem Landarbeiter, dem Knecht, der Magd, dem kleinen Bauern die Kraft der neuen Ordnung, die er sonst nur aus der Verzerrung seines Kreislaufes kennt. Bleibt als Niederschlag der Demonstration eine Ortsgruppe zurück, so ist der Bann gebrochen, in dem Stahlhelm- und Kriegerverein das Dorf geschlagen hatten. Vorträge, bunte Abende und Sport helfen weiter. Wer diese Dinge lehrerlich schilt, beweist nichts als einen Mangel an gesunder Psychologie. Das Reichsbanner kann hier ein ungeheures Stück Wahrheit für die Republik leisten.

Selbstverständlich ist das alles nur ein Anfang. Das Anzurbeln der Energien. Die Dauerleistung verlangt feinere Kräfte. Hier stellt uns — neben einem Duzend anderer Aufgaben — das Problem der Presse auf dem Lande seine Fragen. Wie bringen wir unsere Zeitungen in das Dorf hinein?

Die anderen haben alles: die Tageszeitung des Kreises, deren amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen gelesen werden müssen, die landwirtschaftlichen Fachblätter, die kirchlichen Sonntagsblätter, übrigens eine besonders gefährliche Art der Gattung Rechtsprelle. Sie werden in jede Tür hineingelängt. Tagtäglich sieht der Dorfbewohner nichts als eine Schlammflut von Berwünschungen und Verleumdungen der Republik, ihrer Männer und ihrer Symbole. Eine chronische Vergiftung des Denkens, die fast unheilbar erscheint.

Hier müßte die systematische Abwehr unserer großen und kleinen Zeitungsverlage einsetzten. Bringen wir billige Sonntagszeitungen in Massenauflagen auf das Land hinaus. Nicht Flugblätter — mit Schlagworten kann man nicht arbeiten. Schaffen wir das Zehn-Pfennig-Blatt, das die ganze Welt unserer Arbeit und unserer Hoffnungen widerspiegelt. Am Samstagabend und am Sonntagnachmittag wird es in den Familien von Hand zu Hand gehen und vom Leitartikel bis zum Sportteil, vom Bild der Mäseier bis zur Rästeldecke studiert werden. Die Lösung dieser Frage scheint uns die Lösung der Frage des Dorfes in seiner Beziehung zu uns schlechthin zu sein. Daß man diese Aufgabe wirtschaftlich, technisch und organisatorisch bewältigen kann, ist durch Erfahrung erwiesen.

Es kommt nicht nur darauf an, daß man eine gute Lösung macht. Sie muß auch in das Denken der Masse hineinragen werden. Das Tempo, in dem wir die Kraft und den Sinn des neuen Staates dem Dorf zu Bewußtsein bringen, bestimmt das Tempo unserer politischen Arbeit. Der Wahlkampf, der vor uns steht, muß diese Bewegung vorwärtsstoßen. Gelingt der Masseneindruck in die dürftigen Kräfte der Gegner der Republik, so ist ihre politische Kraft gelähmt. Braunschweig und Mecklenburg sind uns da starke Verheißungen. Der Tag, an dem die Proletariermassen des Landes aus dem Dämmer ihrer politischen Ratlosigkeit in das Licht der Bewußtheit ihrer Lage eintreten, ist der Tag der Entscheidung im Ringen der Klassen.

Notprogramm: Klippen.

Gefrierfleisch. — Rentenbank-Kreditanstalt.

Das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger teilt mit:

Der Interfraktionelle Ausschuss der bisherigen Regierungsparteien des Reichstags beschäftigte sich gestern nachmittag mit der Frage der Gefrierfleisch-Einfuhr. Es sind abermals Meinungsverschiedenheiten über die Höhe des Kontingents entstanden. Eine neue Rückfrage unter den bisherigen Regierungsparteien wurde daher für notwendig gehalten. In der gestrigen Sitzung kam es noch zu keinem Beschluß. Von einigen Parteien wurde eine Hinausschiebung des nach der Vorlage auf 50 000 Tonnen festgesetzten Kontingents auf 70 000 Tonnen beantragt. Die Verhandlungen sollen am Dienstag fortgesetzt werden.

Im Reichsrat ergaben sich zu Beginn der Woche schon wieder neue Schwierigkeiten für die Durchführung des Arbeitsnotprogramms. Die Neuorganisation der Rentenbank-Kreditanstalt stieß, wie zu erwarten war, auf den Widerspruch von Preußen, das den Vorschlag machte, die Preußenkasse mit den Aufgaben für die Finanzierung der Landwirtschaft zu betrauen. Daraus resultierte Sachsen, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusehen.

Schiels agrarische Planwirtschaft.

Eine Denkschrift zum Notprogramm.

Reichsminister Schiele hatte bisher zur Durchführung eines landwirtschaftlichen Notprogramms nur Geld gefordert, das die Rechtsblockparteien auch bewilligt haben. Ueber sein Programm hat man kürzlich nur gehört — man hörte es nicht ungern —, daß das Reich mit den Ländern zusammenarbeiten bereit sei. Jetzt soll eine dem zuständigen Reichstagsausschuss zugeleitete Denkschrift des Reichsernährungsministers Röhrens über die Verwendung der Gelder erzählen. Der für die Presse hergestellte Auszug — die Denkschrift selbst kennen wir noch nicht — bringt selber immer nichts Bestimmtes und Neues. Nur darüber scheint sich Herr Schiele noch immer gründlich auszusprechen, warum es ge-

Bauern gegen Arbeiter?

Wahlkampf-Eröffnung in Schlesien.

Breslau, 19. März.

Am Anstich an die Bezirkskonferenz für Mittelschlesien, die gestern in Breslau zusammentrat und die im wesentlichen unveränderten Kandidatenlisten für Reichstag und Landtag mit Genossen Löbe als Spitzenkandidaten beschloß, fand in Breslau selbst eine internationale Kundgebung zur Eröffnung des Wahlkampfes statt. Bei prächtigem Sonnenwetter beteiligten sich etwa 20 000 Genossen aus Stadt und Land mit vielen Musikkapellen und Hunderten von Fahnen an der eindrucksvollen Demonstration. Unterhalb Stunden dauerte der Einmarsch der Züge in die große Messehalle, in welcher die Genossen Hojbauer-Prag, Pragier-Warschau, und Löbe-Breslau sprachen. Während Hojbauer unter lebhaftem Beifall von der wiederhergestellten Einigung unter den Genossen der verschiedenen Nationalitäten in der Tschechoslowakei berichtete und Genosse Pragier den Wahlsieg der Sozialdemokratie in Polen, unter schwerem Terror erlitten, feierte, beschäftigte sich Genosse Löbe mit den Demonstrationen, die der Landbund auch in Breslau in vergangener Woche veranstaltet hat.

Freiherr von Richthofen als Bauernführer hat dabei erklärt, er wolle die Bauern revolutionieren und gegen die roten und rosaroten Städte führen. Dagegen hat die Sozialdemokratie nichts einzuwenden. Arbeiter, Arbeitslose, Sozialrentner, Kriegsbeschädigte und der verarmte Mittelstand werden ihnen gern die Türen öffnen und den Bauern zeigen, daß bei ihnen nichts zu holen ist. Sie werden ihnen ihre blauen Kinder zeigen, die noch viel Milch und Eier von den Bauern brauchen, um gesund und kräftig zu werden. Sie werden ihnen ihre

Frauen vorstellen, die den Bauern gern Fleisch und Gemüse abkaufen, wenn sie dazu in der Lage wären. Hierbei können Arbeiter und Bauern getroßt zusammengehen.

Wollen die Bauern aber Land haben, dann müssen sie zu den Großgrundbesitzern gehen. Das können ihnen die Arbeiter nicht geben. Wollen die Bauern billigere Preise für Industrieartikel haben, dann müssen sie zu den deutschen nationalen Großindustriellen, zu Herrn Reichert, Hugenberg, Leopold, Körner, Got usw. gehen. Sie sind es, die die Industriepresse in die Höhe treiben. Wollen sie billigere Zinsen haben, dann müssen sie zu den Großbanken und Kreditgenossenschaften gehen, die vielfach unter deutschnationaler Führung stehen. Die Arbeiter legen keine Bucherzinsen fest. Wollen sie sich über ungerechte Steuern beklagen, so werden sie darauf aufmerksam gemacht werden müssen, daß der Kleinbauer sein Land mit 120 bis 125 pro Hektar befristet hat, während der Großgrundbesitz nur 17 bis 34 R. pro Hektar zahlt. Alles das sind Dinge, bei denen sich zwischen den Arbeitenden im Lande und in der Stadt eine Einigung herbeiführen läßt. Schwerer wird dagegen die Einigung über diese Punkte zwischen den Freiherrn und den Bauern sein.

Diese Ausführungen wurden von den Anwesenden, unter denen sich Tausende von Landarbeitern, Handwerkern und Kleinrentnern aus dem Landkreis Breslau, Dels und Reumarkt befanden, mit großem Beifall aufgenommen. Der Bund der Arbeitenden von Stadt und Land wurde aufs neue bekräftigt, die Demonstrationen trennten sich mit dem Gelübde einer einmütigen Propaganda für den Sieg der sozialdemokratischen Liste.

Wenn Fürsten schwachern.

Obdachlos infolge von Fürstengeschäften.

Weimar, 19. März.

Geschäftstüchtigkeit und Redlichkeit eines ehemaligen „Landesvaters“ erfuhren eine eigenartige Beleuchtung bei der Behandlung einer Eingabe, mit der sich kürzlich der Ausschuss für Gesetzgebung und Verwaltung des Thüringer Landtags zu beschäftigen hatte.

Im Jahre 1922 trat der ehemalige Herzog von Altenburg durch seinen Generalbevollmächtigten Rostler Kronberg an eine in Wilhelmshorst bei Potsdam wohnende belagie Familie A. mit dem Ersuchen heran, ihr Wohnhaus mit Zubehör und Garten für den Kammerherrn Kaiser zu verkaufen. Man bot für das Anwesen, das einen Goldwert von 18 000 R. besaß, 107 000 R., worauf die alten Leute nach anfänglichem Zögern, durch die hohe Summe gebildet, dem Verkauf zustimmten. In dem Kaufvertrag wurde vereinbart, daß der Verkäufer auf ein Wohnrecht Wertzucht leisten und bei einem verzögerten Zugang für jeden Tag 1000 Mark Konventionalstrafe zahlen sollte.

Auf der Suche nach einer anderen Wohnung wurden die Leute erst gewahrt, daß die 107 000 Papiermark einen tatsächlichen Goldwert von 925 Mark darstellen. Das Schlimmste aber war, daß die Hinterlassenen keine Wohnung bekamen und daß, als sie bei dem Generalbevollmächtigten vorstellten, dieser mit Eintreibung der täglichen 1000 Mark Konventionalstrafe bzw. mit Pfändung drohte.

In ihrer Angst verließen die Leute ihr Heim, brockten die Möbel auf einen Speicher und logierten bis 1924 in Gasthöfen und Privatpensionen. Inzwischen hörten sie, daß der Herzog das Land Thüringen wegen der Aufwertung seiner Abfindung verklagt habe und sich dabei darauf berief, daß er 1919 unter Zwang gehandelt und sich im Irrtum befunden habe, als er in die Abfindung einwilligte. Mit den gleichen Argumenten wandte die Familie sich jetzt an den Herzog und drohte mit einer Klage.

Um zu verhüten, daß über die finstere Geschichte bei einer Gerichtsverhandlung etwas an die Öffentlichkeit käme, verhandelte der

Generalbevollmächtigte Kronberg mit den Leuten und versprach ihnen, das Grundstück bis Ende Oktober 1924 wiederzugeben. Die Bitte, dieses Versprechen schriftlich zu bestätigen wurde mit den Worten abgelehnt:

„Ich als deutscher Offizier gebe Ihnen mein Ehrenwort, zugleich auch im Namen seiner Hofstell, daß Sie das an uns verkaufte Grundstück in Wilhelmshorst zurückhalten und spätestens Ende Oktober 1924 beziehen können. Das wird Ihnen wohl genügen.“

Im Vertrauen auf dieses Versprechen suchten die Leute ihre Möbel zusammen und warteten auf den Moment, ihr früheres Heim wieder beziehen zu können. Sie warteten heute noch. Denn weder dem Herzog noch seinem Generalbevollmächtigten fiel es ein, ihr Wort zu halten. Die alten Leute mußten wieder mehrfach umziehen, ihre Möbel in den Keller eines Neubaus stellen, wo sie teilweise verrotten, so daß ihnen im Laufe der Zeit ein Schaden von 10 000 Mark erwuchs. Eine Klage um Schadenersatz beim Amtsgericht Altenburg, das nur den Vertreter des Herzogs hörte, wurde abgewiesen, so daß die alten Leute nunmehr in höchster Not sich veranlaßt sahen, sich an den Thüringer Landtag zu wenden. Dieser besitzt selber keine Handhabe, sich der Sache anzunehmen, da es sich um eine privatrechtliche Angelegenheit handelt.

Die Eingabe, deren Inhalt durchaus den Stempel der Wahheit trägt, schließt mit einem Urteil über das Verhalten des Herzogs, das besser als eine lange Kritik den ganzen Fall beleuchtet. Die geschädigten Leute schreiben: „Durch die Ausregelungen seit dem Jahre 1922 sind wir körperlich und seelisch zusammengebrochen; seit dieser Zeit ohne eigenes Heim lebend, da eine Wohnung nicht zu erhalten ist, muß der Familienvater nur dafür sorgen, die hohe Rente für das Wohnen in möblierten Räumen herbeizuschaffen, so daß wir gezwungen sind, da durch die Schuld des Herzogs vollkommen verarmt, zu hungern und zu darben. Aus diesem Grunde bitten wir den hohen Ausschuss, uns zu helfen, durch den Herzog entschädigt zu werden, damit ihm klar gemacht wird, daß er seine vermeintlichen Ständesvorrechte jetzt nicht mehr benutzen darf, alte Leute um ihr Hab und Gut zu bringen.“

rade die Rentenbankkreditanstalt sein muß, der die Verwendung der Gelder übertragen werden soll und der erst ein neues Gesetz die Befugnis verschaffen kann, im Rahmen des Schiele'schen Notprogramms tätig zu werden.

Die Phoebus-Untersuchung.

Die Arbeit des Unterausschusses.

Der Unterausschuss zur Untersuchung der Bohmann-Unternehmungen hat gestern Montag nachmittag gelogt und nach der Erledigung der Erörterung der Geldquellen und der Vollmachten nunmehr auch die einzelnen Funktionen der Bohmann-Unternehmungen erörtert.

Es wurde beschlossen, am Mittwoch nachmittag 5 Uhr in einer letzten Sitzung die von den Berichterstattern zu entwerfenden Schlussfolgerungen zu beraten und festzustellen, damit sie dem Haushaltsausschuss zur weiteren Erledigung zugeleitet werden können.

Das polnische Grenzschutzgesetz.

Zur Verhinderung deutscher Geschäftstätigkeit wohlgeeignet.

Warschau, 19. März. (Eigenbericht.)

Das Grenzschutzgesetz behält auch in seiner neuen Form die 30-Kilometer-Zone bei. Schon bei den geringsten Zoll- und Finanzvergehen können die Einwohner der Grenzgebiete ausgewiesen und vollständig enteignet werden. Dem gleichen Gesetz unterliegen auch Ausländer und polnische Vertreter ausländischer Firmen. Auf diese Weise wird die wirtschaftliche Tätigkeit in den westpolnischen Gebieten, die für den Handelsverkehr Deutschlands-Polen selbstverständlich eine große Rolle spielen, völlig unterbunden. Selbst auf Oberschlesien wird unter Verletzung der Genfer Bestimmungen das neue Gesetz ausgedehnt.

Der Geist dieses Gesetzes entspricht den deutschlandsfeindlichen Tendenzen der Rechten. Es ist deshalb anzunehmen, daß das neue Gesetz mit den Stimmen des Rechts-Blocks und der Rechten gegen die Stimmen der Linken im Parlament gutgeheißen werden wird. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Rechte ihren Einfluß nur deshalb geltend machen konnte, weil die Aktion der Deutschlandfreunde und Herständigungsvereine in Polen durch den deutsch-national-agrarischen Widerstand gegen den Handelsvertrag in Deutschland paralysiert wurde.

Der Faschistenmord in Paris.

Polizei gegen reaktionäre Ausübung.

Paris, 19. März. (Eigenbericht.)

Die Ermordung des italienischen Faschisten Seravalli wird nun der Rechtspresse einer ausgedehnten antisozialistischen Organisation in Frankreich zugeschrieben; der Mord sei die Vollstreckung des Urteils eines anarchistischen Ferngerichts gewesen.

Die Pariser Polizei erklärt kategorisch, daß die bisherige Untersuchung des Mordes auch nicht eine Spur zur Begründung dieser Sensationsnachrichten gebracht habe; italienische Antifaschisten hätten sich gewiß verschiedenen Organisationen in Frankreich angeschlossen, aber eine Zentralorganisation der Faschistengegner sei den Behörden nicht bekannt. Von einem Revolutionstribunal könne schon gar keine Rede sein.

Neben- oder Hauptarmee?

Florenz, 19. März.

Generalsekretär Turati leitete die zweite Aushebung der Faschisten, zu der auch Minister Ciano und Unterstaatssekretär Marcell sowie zahlreiche Behördenvertreter erschienen waren. Turati hielt eine Ansprache, in der er unterstrich, daß im ganzen Reich 100 000 Mann, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, aus den Jugendverbänden in die Miliz übertraten. Nach Empfang des Befehles und der Mitgliedsliste leisteten die Reuen das Treuegelübde.

Der gekränkte Vizepräsident.

Zwischenfall im Landtag. — Der deutschnationale Vizepräsident legt sein Amt nieder.

Der Landtag verabschiedete am Montag zunächst nach kurzer Beratung in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf über die Regulierung der Schwarzen Elster nach den Hauptsatzungsbestimmungen.

Hierauf wird der Entwurf eines Staatsvertrages zwischen Preußen, Bayern, Württemberg und Baden über die Regelung der Lotterieverhältnisse nach kurzer Debatte angenommen.

Nach Erledigung einer ganzen Reihe von Ausschussberichten tritt das Haus in die Beratung der Einzeltitel des Kultus-etats ein. Als hierbei beim Titel „Reiseforschungszuschuß des Ministers“ der Abg. Baczewski (Pole) den Minister auffordert, in die östlichen Grenzgebiete zu kommen und hierbei wieder eine Reihe von Fällen angeblicher Unterdrückung der polnischen Minderheit aufzählen will, wird er von dem gerade amtierenden Vizepräsidenten Dr. von Aries (Dnat.) dreimal zur Sache gerufen.

Als der Vizepräsident endlich das Haus befragt, ob Abg. Baczewski weiterreden soll oder nicht, stimmt die Mehrheit des Hauses aus Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten für das Weiterreden. Der Abg. Baczewski führt hierauf seine Ausführungen zu Ende.

Kurze Zeit darauf wird im Hause bekannt, daß Vizepräsident Dr. v. Aries sein Amt niedergelegt hat.

Die Abstimmung über die zum Kultusetat gestellten Anträge finden am Dienstag, dem 20. März, 14 Uhr, statt.

Es folgt die zweite Beratung des

Haushalts des Finanzministeriums.

Nach dem Berichterstatter Abg. Dr. Schmedding (Z.) erhält das Wort Abg. Dr. Wacziarg (Soz.): Die großen finanzpolitischen Fragen werden nicht hier, sondern beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung behandelt. Die Frage der großen Verwaltungsreform ist diesmal zurückgestellt, denn inzwischen ist klar geworden, daß die Zusammenlegung der Länder oder ihr Abbau keine wesentlichen Ersparnisse bringt. Deshalb haben sich die Beratungen im Ausschuss einem Fragenkomplex zugewandt, den ich die kleine Verwaltungsreform nennen möchte. Hierbei verdient Erwähnung die Reorganisation der Hochbauverwaltung. In das Loblied des Herrn Finanzministers auf diese Abteilung seines Ministeriums können wir nicht einstimmen, denn verschiedene Vorschläge, wie bei dem Umbau der Staatsoper in Berlin, wiederholen sich bedenklich oft. Eine Reform der inneren Verwaltung, wie sie der Innenminister vorgeschlagen hat und die z. B. eine Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Ober- und Regierungspräsidenten vorsieht, würde ich ausnahmslos begrüßen. Die Fortbildung der Verwaltungsbeamten ist ein besonderes Problem. Angesichts der Tatsache, daß heute im inneren Dienst hauptsächlich finanzielle und wirtschaftspolitische Fragen behandelt werden, ist es nicht richtig, die vorwiegend juristische Fortbildung beizubehalten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Ebersbach (Dnat.): Das parlamentarische Regierungssystem ist viel teurer als das monarchische.

Abg. Dr. von Klotter (D. Sp.): Man würde das Kind mit dem Bade ausschütten, wollte man den Parlamentarismus für alles verantwortlich machen, wie es Herr Ebersbach tut. Die Fehlerquelle liegt darin, daß das parlamentarische System noch verhältnismäßig jung ist und daß wir alle noch nicht gelernt haben, es richtig zu gebrauchen.

Abg. Mecken-Berlin (Dem.): Wir sind für den Einheitsstaat nicht deshalb, weil wir große Ersparnisse erwarten, sondern um eine einheitliche Verwaltung zu bekommen. Die Reorganisation der Hochbauverwaltung ist dringend notwendig.

Präsident Barck's gibt dem Hause Kenntnis von einem im wesentlichen eingegangenen Schreiben des Vizepräsidenten Dr. von Aries, in dem dieser mitteilt, daß er sein Amt als Vizepräsident niedergelegt hat. Es sei bei der Rede des Abg. Baczewski sein Bestreben gewesen, die Geschäfte des Hauses zu fördern und eine Wiederholung von Erörterungen zu vermeiden, die nach seiner Auffassung in die allgemeine Aussprache und nicht in die Einzelberatung gehören. Die Mehrheitsparteien hätten gegen ihn entschieden. Da diese Parteien sicherlich nicht die Absicht gehabt hätten, sich einer Forderung der Geschäfte hindernd in den Weg zu stellen, müsse er die Abstimmung als einen Akt persönlicher Unmöglichkeit werten. Unter solchen Umständen sei es ihm unmöglich, das Amt eines Vizepräsidenten weiterzuführen.

Präsident Barck's gibt im Anschluß hieran bekannt, daß er den Kellertenrat einberufen habe, der zu dieser Sachlage Stellung nehmen wird.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag, den 20. März, 12 Uhr, Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Finanzministeriums, um 14 Uhr Abstimmungen über die zum Kultusetat gestellten Anträge.

Der Kellertenrat des Landtags beschäftigte sich mit der Amtsniederlegung des deutschnationalen Vizepräsidenten Dr. von Aries. Hierbei erklärten die Mehrheitsparteien, daß durch ihre Abstimmung für das Weiterreden des Abg. Baczewski keineswegs ein Akt persönlichen Misfallens gegen Dr. v. Aries zum Ausdruck gebracht werden sollte; sie seien lediglich der Auffassung gewesen, daß sich eine Abstimmung erübrige, weil die Redezeit des Abg. Baczewski sowieso abgelaufen war. Sollte Herr von Aries wieder als Vizepräsident kandidieren, so stände seiner Wiederwahl nichts im Wege. Wahrscheinlich wird Herr von Aries von den Deutschnationalen wieder als Vizepräsident präsentiert und auch vom Hause gewählt.

Der Ergänzungshaushalt.

184,5 Millionen Mark für das Notprogramm.

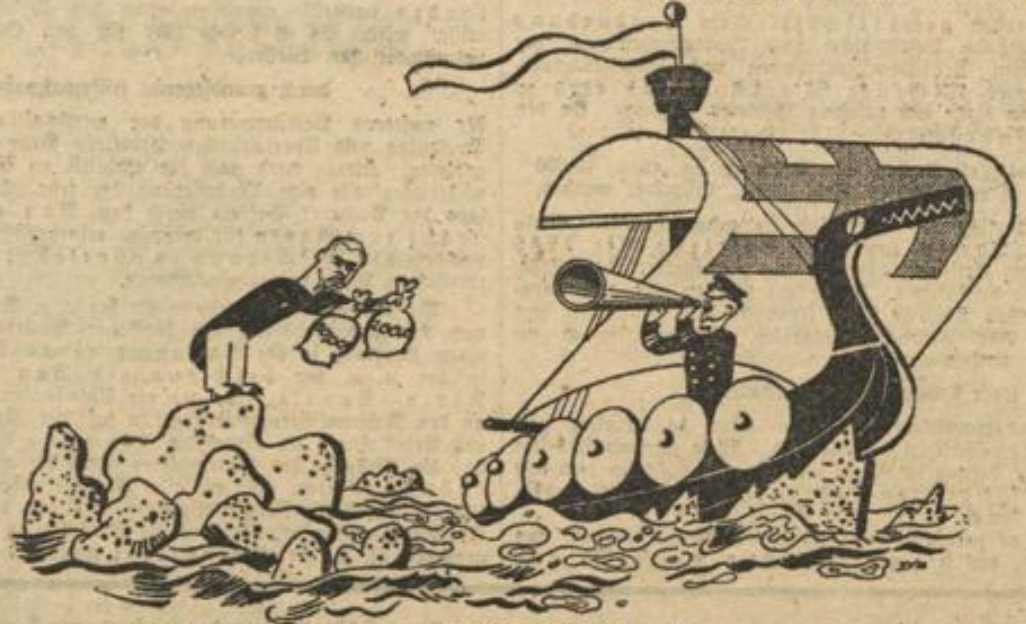
Im Reichstag wurde am Montag der Ergänzungshaushalt für 1928 nach den Beschlüssen des Reichsrats verteilt. Dieser Ergänzungshaushalt bringt noch immer nicht die Ausfüllung der im Hauptetat nur summarisch aufgeführten Personalstellen, überläßt diese vielmehr dem neuen Reichstag, dem also alsbald nach seinem Zusammentritt noch ein wichtiger weiterer Ergänzungshaushalt vorgelegt werden muß. Vorläufig soll die dem neuen Besatzungsgebiet beigegebene Ueberbrückung über den gegenwärtigen Stand an planmäßigen Reichsbeamten maßgebend sein. Für Hilfskräfte sollen die Entschlüsse für 1927 mit einem entsprechenden Besatzungszuschuß gelten.

In sachlicher Hinsicht enthält der Ergänzungshaushalt neben den veränderten Sätzen für die Liquidationsschäden und der aus dem Vorjahr wiederholten Außenhandelsgarantie von 175 Millionen das Sozialprogramm und das Hilfsprogramm für die Landwirtschaft.

Der Dienst der Liquidationsschäden erfordert für 1928 7,5 Millionen mehr als vorgesehen, für die nächsten Jahre je 11 Millionen mehr. Im Sozialprogramm sind für die sogenannten Werkspensionäre 8 Millionen neu eingesetzt, für die Kleinrentner 25 Millionen mehr. Bei der Invalidenversicherung handelt es sich für 1928 um weitere 75 Millionen, in den folgenden Jahren um 100 Millionen. Beim Kleinwohnungsbau sollen 10 Millionen einmally für eine Kapitalerhöhung der deutschen Bau- und Bodenbank verwendet werden, wie das im Entwurfsgesetz vom 7. März 1928 vorgesehen ist.

Staatspräsident und Verschwörer.

Ueber die Beschaffung von Geldern sagte mir Bazille: „Direkt kann ich nichts machen. Sie können sich aber bestimmt darauf verlassen, Herr Goerge, daß ich mich persönlich dafür einsetzen werde, daß Ihnen Mittel beschafft werden.“ (Aus einem Brief des Vertrauensmannes Ehrhardt.)



Ehrhardt: „Ahoi - bin festgefahren!“

Bazille: „Werde Viking-Schiff wieder flottmachen!“

Kampf um den Sinowjew-Brief.

Macdonalds Anklagen — Baldwins neue Version.

London, 19. März. (Unterhaus.)

Macdonald eröffnete die Sinowjew-Debatte, indem er eine Entschlieung einbrachte, daß ein Untersuchungsausschuss eingesetzt werden solle mit der Befugnis, unter Eid zu vernehmen, Zeugen vorzuladen und Dokumente anzufordern. Macdonald wies u. a. darauf hin, daß damals jede europäische Regierung in der russischen Frage mit gefälltesten Dokumenten überschwenmt worden sei und hob besonders hervor, daß niemand das Original des Briefes gesehen habe, wogegen mehrere Abschriften gleichzeitig auslachten, von denen eine zum Foreign Office gelangte, zwei weitere Abschriften zum Chefredakteur der „Daily Mail“ und offensichtlich noch eine vierte Abschrift an das konservative Hauptquartier. Macdonald ließ dahingestellt, ob es ein echtes Original gab, beschränkte sich aber darüber, daß die Offenheit vorzüglich irreführend wurde, indem es so dargestellt wurde, als ob das damalige Arbeiterkabinett verfuhr habe, die Veröffentlichung zu verhindern. Er erklärte, daß eine Partei durch derartige Mittel an die Macht gekommen sei, bedeute den schwersten Schlag, der den Grundgedanken demokratischer Wahlen in der Gegenwart getroffen habe. Verweigere die Regierung die Untersuchung, so würde das auf die Erklärung hinauskommen, daß es durchaus erlaubt sei, während der letzten Tage vor einer Wahl mit Fälschungen und Schwindel zu arbeiten.

Baldwin antwortete, nach einer im Besitz der Regierung befindlichen Information habe Tschiffscherin, als er von der russischen Regierung befragt wurde, zugegeben, daß der Sinowjew-Brief abgefaßt wurde, habe sich aber nicht erklären können, wie die britische Regierung in den Besitz einer Abschrift gelangt sei. Tschiffscherin vermutete, daß es sich um einen in Moskau oder London begangenen Verrat gehandelt habe. Baldwin fügte hinzu: Das Original ist von Sulpen (Sekretär der kommunistischen Partei Großbritanniens?) zerstört worden. Kurz nach der Veröffentlichung des Briefes in England wurde in Moskau ein Russe verhaftet. Wir haben allen Anlaß zu glauben, daß er mit der Weitergabe einer Abschrift des Briefes zu tun hatte, und er ist deswegen erschossen worden.

Der Inhalt eines Briefes, der am 25. Oktober veröffentlicht wurde, wurde bereits am 10. Oktober vom Volksgesundheitsrat der kommunistischen Partei Großbritanniens erörtert, und ich vermute, daß sie nicht alle den Mund gehalten haben, denn Menschen, die ihr eigenes Land verraten, werden auch unter-

einander Verräter sein. Der Premierminister lehnte eine Untersuchung ab, indem er erklärte, kein britisches Geheimnis ist verraten worden, und der Nation ist kein schlechter Dienst erwiesen worden. Die Indiskretion ist in London erfolgt, aber nicht in amtlichen Kreisen.

Sie stammt in letzter Linie von der kommunistischen Partei;

sie ist in die Hände eines Geschäftsmannes der City gelangt, 48 Stunden, bevor sie die Regierung erreichte. Heute habe ich diesen Mann zum erstenmal gesprochen. Der Premierminister verlas hierauf eine Erklärung, die der betreffende Geschäftsmann Conrad Donald Imthurn ihm ermächtigt habe abzugeben, nachdem er vorher betont hatte, daß dieser Geschäftsmann keinerlei amtlichen oder politischen Charakter habe.

Die Erklärung besagt zunächst, er (der Geschäftsmann) sei jetzt von einem seinem Gewährsmann gegebenen Schweigensprechen entbunden worden. Er habe am 8. Oktober 1924 eine geschäftliche Besprechung mit einem anderen Geschäftsmann gehabt, der in enger Verbindung mit kommunistischen Kreisen Englands stand. Dieser Geschäftsmann habe ihm gegenüber das Existenz eines bedeutsamen Briefes erwähnt, der von einem gewissen Sinowjew unterzeichnet sei, den er selbst als Apfelbaum kenne.

Der Gewährsmann Baldwins erklärt, er habe um eine Abschrift gebeten, die ihm versprochen wurde, er habe die Abschrift noch am gleichen Abend erhalten. Er sei empört gewesen, daß zu einer Zeit, wo die Regierung vorschlug, Moskau gutes britisches Geld zu leihen, Moskau sich damit besähe, in England Aufruhr anzufüttern, und zwar besonders in Heer und Marine. Er habe daher beschlossen, die Tatsache der Regierung und der Presse mitzuteilen und habe dieses getan, sobald der andere, der um sein Leben besorgt war, sich in Sicherheit befand. Er habe eine Abschrift nicht der „Daily Mail“ direkt, sondern einem zuverlässigen Freund aus der City übergeben, von dessen engen Beziehungen zur „Daily Mail“ er wußte. Das Dokument schließt mit der Erklärung: „Ich trage allein die Verantwortung für die Beschaffung des Wortlautes des Briefes und für seine Veröffentlichung in der „Daily Mail“. Ich habe niemals irgendeine Bezahlung oder Belohnung dafür erhalten.“

Nach weiterer Besprechung wurde der Antrag mit 326 gegen 182 Stimmen abgelehnt.

Die „Verschwörung“ am Donez.

Zwei Deutsche und vier Russen enthaftet, vier Deutsche und 50 Russen bleiben in Haft.

Moskau, 18. März.

Von den 60 im Schachtbezirk des Donezgebietes Verhafteten, worunter 6 Reichsdeutsche, wurden auf Verfügung der Staatsanwaltschaft außer den Deutschen Goldstein und Wagner, über deren Entlassung bereits berichtet wurde, weiterhin die Russen Kasakow, Nofkin, Koroslow und Lwow in Freiheit gesetzt.

Faschistenjustiz.

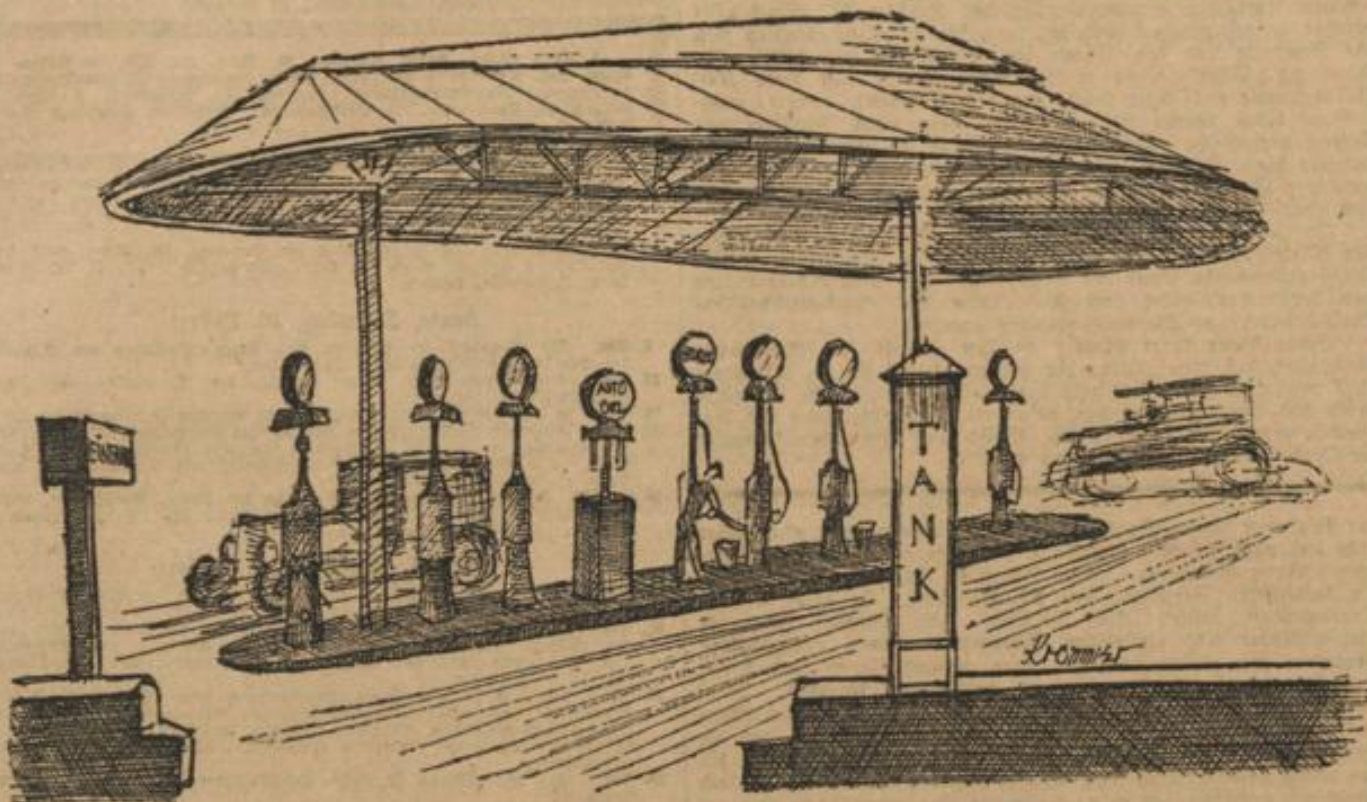
Rom, 19. März.

Drei junge Faschisten, welche im November 1926 nach dem Attentat auf Mussolini in der Wohnung der Frau Berda, der römischen Korrespondentin des „Vorwärts“, und in den Lokalen des sozialistischen Organisations und der Amsterdamer Internationale Möbel und andere Dinge zerstört (und z. T. gestohlen. Red. d. „V.“) haben, wurden freigesprochen, weil ihnen die böse Absicht gefehlt habe.

Vor den Schwurgenen davongelaufen ist die Wiener Staatsanwaltschaft mit ihren Anklagen gegen die gesamte Arbeiterpresse wegen deren scharfer Kritik der Wiener Polizeifaschisten vom 15. und 16. Juli v. J. Die Anklagen sind zurückgezogen — das Volksurteil rechtskräftig!

Der Offiziersstreik auf der „Royal Oak“ wird, so teilte die Regierung im Unterhaus mit, kriegerisch untersucht; den Streikgegenstand zu nennen, lohnt sie ab.

Eine originelle Tankanlage.



Eine der modernsten und größten Tankanlagen Deutschlands ist dieser Tage in der Nähe der Georgenstraße, zwischen dem Schliffmagazin der Staatsoper und den Stadtbahnbögen, in Betrieb genommen worden. Unter einem 15 Meter langen und 8 Meter breiten freistehenden Glasdach, das auch als Schutz gegen die Funkenfluggefahr von der Stadtbahn gedacht ist, stehen die von der amerikanischen Firma Bowfen gelieferten originell aussehenden Benzinpumpen, die Tag und Nacht Privatfahrzeugen und Autodroschken zur Verfügung stehen. Sechs

verschiedene Sorten Betriebsstoff, der außerdem durch einen Zentrifugalfilter von Schmutz gereinigt wird, können hier bezogen werden; eine neuartige Delfontäne, die von dem unterirdisch gelegenen Vorkeller (2000 Liter Dele verschiedener Sorten) gespeist wird, gestattet an 8 Röhren die mühelose Entnahme der gewünschten Sorte. Auffallende Lichtreflexe bezeichnet die Ein- und Ausfahrt für die Fahrzeuge. Zur leichteren Abwärtung des Autoverkehrs soll demnächst noch ein Stadtbahnbogen zur Georgenstraße hin durchbrochen werden.

Dokumentendieb verhaftet.

Die Akten des englischen Bankenvertreters.

Vor ungefähr einem Vierteljahr erregte ein Diebstahl in der Wilhelmstraße Aufsehen: Ein englischer Bankenvertreter hatte in einem Bureauhaus eine Unterredung mit Direktoren, Pels und den Koffer, der Akten über Auftragsverhandlungen, Visitenkarten mit Empfehlungen, Scheckbuch und Privatkorrespondenz enthielt, hatte er im Vorzimmer niedergelegt.

Als er nun nach Beendigung der Konferenz das Zimmer verließ, entdeckte er, daß der Koffer gestohlen war. Der Dieb konnte nur ein Mann sein, der wegen eines Darlehns vorgeschrieben hatte und sich „Hellwig“ nannte. Er war verschwunden. Die Kriminalinspektion Mitte fand den Koffer ohne Inhalt auf einer Pfandleihe wieder, wo der Dieb ihn unter dem Namen von Hirschberg versteckt hatte. Als Dieb wurde ein 24 Jahre alter Hans Hellwig ermittelt, der aus Harburg a. d. Elbe stammt. Er ist gewerbsmäßiger Schwindler. So gab er sich für einen ehemaligen Offizier der hannoverschen Königsulane oder der Braunschweiger Husaren aus und betrieb schwindelhafte Gutskäufe und Hochstapeleien aller Art. Als Heirats-

schwindler sagte er, daß er wegen Teilnahme am Kopp-Busch verurteilt wurde und sich deshalb verborgen halten müsse.

Die Kriminalinspektion Mitte leitete ein unvorsichtiges Fahndungsverfahren in die Wege. In verschiedenen größeren Städten wurden Spuren des Verfolgten festgestellt. Er selbst war überall bald wieder verschwunden. Jetzt endlich wurde er in München, wo er sich „Hans Reimann“ nannte, nach einem Betrug festgenommen. Er wird dort abgeurteilt und dann nach Berlin gebracht werden. Hier hatte er vor seinem Verschwinden auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein braunes Portefolio in Verwahrung gegeben. Man wußte natürlich nicht, wem es gehörte und als es nicht abgeholt wurde, brachte man es endlich nach dem Hauptfundbüro der Eisenbahn auf dem Schlesischen Bahnhof. Kriminalbeamte fanden darin gestern das Scheckbuch und die Privatkorrespondenz des bestohlenen Bankenvertreters. Die offiziellen Dokumente sind noch verschwunden. Der Verhaftete hat in anderen Städten in Hotels, die er wegen Prellerei zum Teil fluchtartig verließ, Gepäckstücke zurückgelassen. Die Kriminalinspektion hat diese Sachen eingefordert, weil sie vermutet, daß sie die Dokumente enthalten können.

Die „Helden“ vor Gericht.

600 Nationalsozialisten gegen 20 Kommunisten.

Der Prozeß gegen die Nationalsozialisten von Lichterfelde brachte gestern den Schluß der Vernehmung der Angeklagten und den Anfang der Beweisaufnahme. Natürlich sind alle sieben vollkommen unschuldig; natürlich waren es nicht sie, sondern ihre Genossen, die die Verletzungen der 21 Opfer der Lichterfelder Schlacht verursacht haben; die Zerstörung der Schalmereien, deren traurige Reste zerbrochen und zerbeult — nur noch Blech — vor dem Richterlich aufgehäuft sind — daneben liegt die zerrissene Kesselpaule, ein Teil der Instrumente ist aber einfach gestohlen worden —, war nicht ihrer Hände Werk; mit den 123 Schottersteinen, die auf dem Boden vor dem Richterlich liegen, haben sie selbstredend nichts zu schaffen. Sie sind unschuldig wie Kinder. Diese stummen Zeugen der nationalsozialistischen Heldentaten geben aber eine lebendige Vorstellung von dem, wie es am 20. März auf dem Bahnhof zugegangen sein muß.

Das Bild wird von den lebendigen Zeugen noch vervollständigt. Da ist zum Beispiel die Nebeklägerin, die Arbeiterfrau Bendler. Ihr Mann gehörte zur Schalmereikapelle. Sie begab sich auf den Bahnhof, um ihn zu erwarten. Auf dem Bahnsteig geriet sie in den Knäuel der Nationalsozialisten. „Schlagt die roten Hunde tot“, hörte sie rufen, „hier kommt keiner mit dem roten Abzeichen lebend heraus.“ Ein 15jähriger Bursche in Uniform bandierte vor ihrer Nase mit einem Revolver. Als sie auf der Suche nach ihrem Mann einen blutenden Menschen, der von einem Nationalsozialisten geführt wurde, die Mütze vom Kopfe nahm, um sein Gesicht zu sehen, erhielt sie einen Schlag über den Arm.

Ueber den Aufenthalt der Nationalsozialisten in Trebbin und ihre Abfahrt von der Station berichtet die Landjäger. Göbbels, der Kelter des Gaus Brandenburg, hielt wie gewöhnlich eine seiner Brandreden. „Blut ist der beste Kitt!“ meinte er. Auf dem Bahnhof in Trebbin hatten sich die Nationalsozialisten am Ende des Pertrons aufgestellt, da für sie die sechs letzten Wagen des aus Jüterbog kommenden Zuges bestimmt waren. Unbegreiflicherweise befanden sich in zwei Abteilungen der vierten Klasse die 23 Kommunisten, darunter der Landtagsabgeordnete Hoffmann. Die Nationalsozialisten stürmten zu dem Abteil der Kommunisten und versuchten, dort einzudringen; ein Fenster wurde eingeschlagen, Steine flogen in den Wagen. Die Kommunisten wehrten sich, indem sie die Steine zurückwarfen. Die Angeklagten der Landjäger werden von den Eisenbahnbeamten verurteilt. Diese versuchten, einigermaßen Ordnung zu schaffen. Einer der Beamten erhielt einen Schlag über den Kopf und einen anderen über die Wange, daß sie blutete. Die Kriminalbeamten der Abteilung Ia, die den Aufenthalt der Nationalsozialisten in Trebbin zu überwachen hatten und mit dem gleichen Zug wie jene nach Berlin gefahren waren, schildern den Atomall auf dem Bahnhof Lichterfelde-Df. Ihre Versuche, zu der Stelle vorzudringen, wo die Schlägerer sich ginstig verhalten, blieben erfolglos. Ueber das Geste gelangten sie auf die Straße und benachrichtigten die Schupo. Im ganzen fielen etwa 20 bis 30 Schüsse. Auch einer der Beamten erhielt einen Schlag mit der Fahnenstange.

Der Vorsitzende ist bemüht, festzustellen, ob die Kommunisten einen Anlaß zu dem Ueberfall gegeben haben. Er hält den Angeklagten vor, daß die 600 Nationalsozialisten ja von den 20 Mann nichts zu befürchten hatten. 111 Zeugen sind angeboten, um den Nachweis zu führen, daß es hauptsächlich diese sieben gewesen sind, die auf dem Bahnhof Lichterfelde den Ueberfall auf die Kommunisten verursacht haben. Die Beweisaufnahme dauert heute fort.

Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

„Uns ihrem Wissen unterwerfen. Von ihnen lernen, was wir nur können. In kurzer Zeit werden wir wahrscheinlich von den uns innewohnenden Giften befreit sein und es wird uns gestattet werden, aus dieser entlegenen Einöde der Bergwerke, Turbinen und Felsen zu jenen Gartenwäldern zurückzukehren, die wir bis jetzt noch kaum kennengelernt haben. Dort können auch wir manches in bezug auf Zivilisation lernen. Zuletzt würden wir sogar in unsere eigene ungerichtete Welt zurückkehren — erfüllt von Wissen, Hoffnung und Hilfsbereitschaft, als Missionare einer neuen Ordnung.“

„Aber warum —?“ begann Vater Amerton.
Wieder nahm Mr. Burtleigh das Wort: „Alles, was Sie sagen“, bemerkte er, „beruht auf unbewiesenen Annahmen. Sie belieben dieses Utopien durch rosig gefärbte Gläser zu sehen, wir anderen — das sind —“ er zählte — „elf gegen einen — sehen die Dinge ohne so günstige Vorurteile.“

„Und darf ich fragen, mein Herr“, sagte Vater Amerton, „indem er hochsprang und dem Tisch einen Stoß versetzte, daß alle Gläser klagen.“ „Darf ich fragen, wer Sie sind, daß Sie sich als Richter und Zensur über die allgemeine öffentliche Meinung der Menschheit aufspielen? Denn ich sage Ihnen, mein Herr, daß hier in dieser einsamen, gottlosen und fremdartigen Welt wir zwölf die Menschheit repräsentieren. Wir sind die Vorhut, die Pioniere in der neuen Welt, die Gott uns gegeben hat, so wie ER Kanaan vor dreitausend Jahren seinem auserwählten Israel gegeben hat. Wer sind Sie —?“

„Jamohl“, sagte Bent. „wer sind Sie?“
Und Mr. Ridley unterstützte ihn mit Geheul: „Wer zum Teufel sind Sie?“

Mr. Barnstaple hatte nicht die Rednergeschicklichkeit, einem so direkten Angriff zu begegnen. Er stand hilflos da. Erschauernd kam ihm Lady Stella zu Hilfe.

„Das gehört sich nicht, Vater Amerton“, sagte sie. „Mr. Barnstaple, wer immer er auch sein mag, hat vollkommen das Recht, seine eigene Ansicht zu äußern.“

„Und wenn er sie geäußert hat“, sagte Mr. Catstill, der auf der Mr. Barnstaple gegenüberliegenden Seite des Tisches auf- und abgegangen war, „hm, wenn er sie geäußert hat, möge er uns gestatten, das vorgeschlagene Unternehmen fortzusetzen. Ich glaube, es war unvermeidlich, daß wir in un-

serer Mitte — sogar in Utopien — den Rörgler finden würden. Der Rest von uns, nehme ich an, ist vollkommen einer Meinung über unsere Lage.“

„Das sind wir“, sagte Mr. Ruff, indem er Mr. Barnstaple mit einem feindseligen Ausdruck ansah.

„Ausgezeichnet“, dann glaube ich, daß wir den Beispielen folgen müssen, die für solche Fälle maßgebend sind. Wir wollen von Mr. — Mr. Barnstaple nicht verlangen, daß er die Befahren — die Ehren eines Mitkämpfers mit uns teilt. Wir wollen ihn nur auffordern, Hilfsdienste ziviler Art zu leisten.“

Mr. Barnstaple erhob die Hand: „Nein“, sagte er, „ich bin nicht geneigt, Hilfsdienste zu leisten. Ich anerkenne keine Analogie der Lage mit den Notwendigkeiten des Weltkrieges, und wie dem auch sei, ich stehe zu diesem Projekt in vollkommenem Widerspruch — zu dieser Ausraubung einer Zivilisation. Sie können mich nicht einen Gewissensgegner des Kampfes an sich nennen, denn ich bin nicht gegen den Kampf für eine gerechte Sache. Aber das von ihnen geplante Abenteuer ist keine gerechte Sache... Ich stehe Sie an, Mr. Burtleigh, der Sie nicht nur ein Politiker, sondern auch ein Mann von Kultur und ein Philosoph sind, zu überlegen, wozu wir getrieben werden — zu Handlungen voll Gewalttätigkeit und Unselbstigkeit, von denen es hier kein Zurück mehr geben wird.“

„Mr. Barnstaple“, sagte Mr. Burtleigh mit feierlicher Würde und mit einem gewissen vorwurfsvollen Ton in der Stimme, „ich habe überlegt. Und ich glaube, ich kann wohl behaupten, daß ich ein Mann mit einiger Erfahrung bin, mit einer gewissen traditionellen Erfahrung in menschlichen Angelegenheiten. Ich möchte meinem Freund Mr. Catstill nicht ganz und gar beipflichten, nein! Ich möchte sogar weitergehen und behaupten, daß ich ihm in mancher Beziehung nicht beipflichte. Wenn ich hier zu bestimmen hätte, würde ich sagen, wir sollten diesen Utopien Widerstand leisten — zu unserer Selbsterhaltung — aber nicht ihnen die heftige und angreifende Gegnerchaft entgegenbringen, die er im Sinne hat. Ich glaube, wir könnten weit schlauer, weit überlegter und weit erfolgreicher sein, als es Mr. Catstill zu sein scheint. Aber das ist meine persönliche Ansicht. Weber Mr. Hunter, noch Lord Barralonga, noch Mr. Ruff, noch Mr. Dupont teilen sie. Noch — unsere Freunde, die — ah — Herren Mechaniker, teilen sie. Und was ich für unsere kleine Schar von Erdlingen, die hier in einem fremden Universum ausgelegt ist, als dringend erforderlich ansehe, ist Einigkeit im Handeln. Was uns auch immer sonst zustoßen mag, Un-

einigkeit darf uns nichts anhaben. Wir müssen zusammenhalten und als ein Körper miteinander handeln. Diskutieren Sie, wenn Sie wollen, wenn Zeit für eine Diskussion da ist, aber entscheiden Sie sich zu guter Letzt. Und wenn Sie sich entschieden haben, dann beharren Sie treu bei Ihrer Entscheidung. An der Notwendigkeit, uns eine oder zwei Weiseln zu sichern, hege ich keinerlei Zweifel. Mr. Catstill hat recht!“

Mr. Barnstaple war ein schlechter Debattierer. „Aber diese Utopien sind doch genau so menschliche Wesen wie wir“, sagte er, „alles, was in uns gesund und zivilisiert ist, spricht für sie.“

Mr. Ridley unterbrach mit einem absichtlich groben Ton: „Ach Gott“, sagte er, „wir können doch hier nicht ewig quatschen. Es ist Abend und Mr. — dieser Herr hat sein Sprüchlein gesprochen und noch mehr als das. Wir sollten unsere Posten einnehmen und wissen, was man noch vor Einbruch der Nacht von uns erwartet. Darf ich vorschlagen, daß wir Mr. Catstill zu unserem Hauptmann mit voller militärischer Machtbefugnis wählen?“

„Ich stimme dem bei“, sagte Mr. Burtleigh mit schlichter Freundlichkeit.

„Vielleicht will Mr. Dupont“, sagte Mr. Catstill, „als mir gleich berechtigter Hauptmann fungieren, als Vertreter unseres glorreichen Allierierten, seines großen Vaterlandes.“

„In Ermangelung eines würdigeren Vertreters“ willigte Mr. Dupont ein, „um darauf zu sehen, daß die Interessen Frankreichs entsprechend beachtet werden.“

„Und wenn Mr. Hunter mein Leutnant sein will? ... Lord Barralonga wird unser Quartiermeister sein und Vater Amerton unser Kaplan und Zensur. Mr. Burtleigh wird unser Ziviloberhaupt sein.“

Mr. Hunter räusperte sich, er runzelte die Stirn, machte eine Miene wie jemand, der eine schwierige Erklärung abgibt. „Ich möchte nicht gerade Leutnant sein. Ich möchte keine offizielle Stellung einnehmen. Ich habe eine gewisse Abneigung gegen — auswärtige Verwicklungen. Ich möchte Beobachter sein — der hilft. Aber ich glaube, meine Herren, Sie werden finden, daß Sie auf mich zählen können — wenn Hilfe nötig ist.“

Mr. Catstill setzte sich an die Spitze der Tafel und wies den ihm zunächst stehenden Stuhl Mr. Dupont zu. Mrs. Greeta Grey setzte sich an seine Seite zwischen ihn und Mr. Hunter. Mr. Burtleigh blieb auf seinem Platz, einige Stühle von Mr. Hunter entfernt. Die übrigen kamen und stellten sich um den Hauptmann herum, mit Ausnahme von Lady Stella und Mr. Barnstaple. (Fortsetzung folgt.)

Ibsen und der Sozialismus.

Von Dr. W. Hans.

Als vor 50 Jahren Ibsens „Stützen der Gesellschaft“ ihre deutsche Aufführung erlebten, da stand es für das Bürgertum sofort fest: dieser Ibsen, der der Moral ihrer Gesellschaft so schmerzhaft ins Fleisch schnitt, konnte nur aus dem sozialdemokratischen Lager stammen. Aber man täuschte sich. Nicht als Gefinnungsgenosse des Proletariats — wenn auch in dem Konflikt zwischen dem Werkmeister Kuno und seinem Reeder Bernid der Klassenkampf keine gestreift wird — greift Ibsen die bürgerliche Gesellschaft an, die er während der Gründerjahre in Deutschland reichlich Gelegenheit hatte zu studieren, sondern als Befürworter des Rechts der Einzelpersonlichkeit, nicht als Sozialist, sondern als Individualist. Der Wert des einzelnen, des Individuums steht ihm ungleich höher als der der Gesamtheit, der Gesellschaft. Er erblickt in dieser nur eine Gefahr, eine Hemmung für die freie Entwicklung und Entfaltung der Einzelpersonlichkeit. Der Mangel an Solidaritätsgefühl schadet ihm scharf vom Sozialismus, wenn er auch den Gegner mit ihm gemeinsam hatte.

„Für das Solidarische“, schreibt er einmal an Georg Brandes, „habe ich eigentlich nie ein starkes Gefühl gehabt, ich habe es eigentlich nur so als traditionellen Glaubenssatz mitgenommen, und hätte man den Mut, es ganz und gar außer Betracht zu lassen, so würde man vielleicht den Ballast los, der am schlimmsten auf der Persönlichkeit lastet.“ Er fühlte sich selbst innerlich reich genug, um Gemeinschaft entbehren zu können, sah nur die Bindungen die sie dem einzelnen auferlegt, über sah aber die Kräfte, die diesem aus der Gemeinschaft zufließen. Gesellschaftliche Probleme interessierten Ibsen nur insoweit, als das Verhältnis des einzelnen zur Gesellschaft in Frage kam, und er stand dabei stets auf der Seite des Individuums gegen die Gesellschaft. Er machte sich in seinem Leben von allen Bindungen los, die die Folgerichtigkeit seiner eigenen Entwicklung umlegten, die ihn hemmen konnten, ganz seinem Dichterberufe zu leben. „Eins nur wünscht ein Mann allein — Bohn frei, ganz er selbst zu sein,“ lautet Brandes und seine eigene Devise.

Darum wählte er das Los des Einsamen, des außerhalb der Gesellschaft Stehenden, machte sich frei von der Heimat, als diese ihm zu einer Fessel zu werden drohte, löste sich von der Familie los, um nicht durch Rücksicht auf sie gebremst zu werden, selbst die Freundschaft erschien ihm als ein „lastbarer Luxus“. Wenn man sein Kapital auf eine Berufung und eine Million hier im Leben setzt, so hat man nicht die Mittel, Freunde zu halten. Wenn man Freunde hält, so legt das Kapital die Hände in die Hosentasche. Daraus vertritt Ibsen diese geistige Keime in einem „Brief an G. Brandes.“ Von diesem individuellen Gesichtspunkte aus sah er auch das Eheproblem, das Thema so vieler seiner Dramen.

Auch im Ausland lebte er als ein Einsamer, ein Fremder, der seine tieferen Beziehungen zu seiner Umgegend gewann, seine Nahrung saugte aus der Selbstwelt der Länder, in denen er sich aufhielt, ganz nur in die Welt der eigenen dichterischen Phantasie versenkend. Doch diese Ueberdenklichkeit, mit der er sich seinem Dichterberufe aufbeugte von der Welt abh'nd, eine gewisse Einsamkeit und starke Einzelgängerart seines Lebens und Wertes zur Folge haben mußte, sah Ibsen erst am Schluß seines Lebens ein und nach dieser Erkenntnis Ausdruck in seinem dramatischen Epilog „Wenn wir Toten erwachen“. Vor allem hielt sich Ibsen, im Gegensatz zu seinem Ideal, fern von jedem praktischen Einwirken in die Politik und in die Welt der Menschen. Er wollte nur Beobachter, Zuschauer, nicht Mitspieler, Akteur auf der Weltbühne sein. Er war überzeugt, daß die Politik und die Charaktere verderben, daß sie den Politiker zwingen, unethische Mittel zu gebrauchen, und ihn dadurch auf ein tieferes Niveau herabziehe. Darum hatte er die Politik und die Politiker und rechnete diese in Dramen entweder als rücksichtslose, gewissenlose Streber und Glücksjäger (Eienhaard im „Brand der Gudend“, Hooftad und Billing im „Volksfeind“) oder als brutale Verteilungserreger (Börner im „Bürgermeister im „Volksfeind“, Rektor Kroll in „Rosmersholm“).

Er sah in dem Kampf der bürgerlichen Parteien gegeneinander, der Konserwativen und Liberalen, kein Recht für Ideale — die dienen nur als Wankhahn —, sondern ein von nachtem, Egoismus diktiertes Ringen um Macht und Einfluß. So richtete er seine satirischen Pfeile bald gegen die einen, bald gegen die anderen, nur gegen die Streiche gegen die Liberalen, so besonders im „Volksfeind“, noch kräftiger aus, weil sie die Freiheit auf ihr Banner geschrieben haben, ohne sie wirklich zu wollen, und dadurch dieses Ideal selbst in Mißacht bringen. Als einst ein plumper Interviewer im „Dag's Chronicle“ Ibsen zu einem Gegner der Sozialdemokratie zu stempeln suchte, indem er sich auf eine Aeußerung des Dichters berief, er habe mit der Sozialdemokratie und ihren Theorien nicht das mindeste zu tun, da protestierte dieser sofort energisch: „Wenn der Korrespondent sich auf meine Aeußerung beruft, so wünschte ich, er hätte das, was ich hinzusetzte und worauf ich besonders Gewicht legte, nicht ausgelassen —, nämlich daß ich nie irgendeiner Partei angeschlossen habe und voraussichtlich nie einer angeschlossen werde.“ Er habe sich mit dem Sozialismus vertraut zu machen gesucht, soweit er dazu Anlässe und Gelegenheiten hatte, und „war mit lebhaftem Interesse“. Er sei, wenn auch auf ganz anderem Wege, „in gewissen Punkten, ohne es bemerkt und unmittelbar erstrebt zu haben, mit den sozialen Reformen gekommen, wie die sozialistischen Moralphilosophen“. Dieses Demotiv ließ er u. a. auch in der „Männnerlist“ durch Georg v. Holmar abgeben, mit dem er von München her befreundet war. Dieser befragte ihn in einem Briefe das „soziale Interesse“, mit dem er an dem Sozialismus und an der Arbeiterbewegung teilnahm. Hierfür habe er mit tiefer Entrüstung verfaßt, wie man in Deutschland unter dem Sozialistengesetz mit der Freiheit der Arbeiter verfahren.

Ibsen sah mit Ernüchterung, daß dem Arbeiterstande noch die unentbehrlichen individuellen Rechte vorzuzusetzen werden, wie er in seiner Rede an den Verein Dramatiker Arbeiter betonte. Das fühlte ihn an die Seite des Sozialismus, der die Rechte dem Arbeiter erkämpfen will, und dem er daher einem Mitarbeiter des bürgerlichen „Sozialdemokraten“ gegenüber eine „unherdortliche“ große Zukunft prophezeite. Freilich, Ibsen sah die sozialen Probleme nicht von ihrer wirtschaftlichen und politischen Seite, wie der Sozialismus, sondern von einem rein menschlichen Standpunkt aus. Er hielt in seinen Dichtungen nicht nur „Gerichtslos über sein eigenes Ich“, sondern auch über die Welt und die Gesellschaft, in der er lebte. Er prüfte die bürgerliche Gesellschaft auf ihren sittlichen Wert und bemerkte sie, weil ihr Kapital und Profit höher stehen

Ibsen an seinem 100. Geburtstag.

Von Max Hochdorf.

Nur eine mahnende Zigeunerin erkennt, daß Pfarrer Brand ein Genie und dem höchsten Menschenalter verwandt ist. Sogar der Teufel, der auf Menschenfang ausgeht, beklagt sich bei Peer Gynt darüber, daß die Menschenwelt für die Höllenbesetzung immer minderwertiger wird. Alles, was Tugend, Seele, Mut, Glauben, Phantasie oder auch nur mittelmaßige Schüftigkeit besitzen soll, ist zu sehr über einen Kamm geschoren, es läßt sich zu leicht in den nämlichen Schmelzöfen lösen, wie ein Knopf, der schneideweise nach der Schablone verfertigt wird.

In dem Moment, da sich vierzig Jahre um das Leben Henrik Ibsens runden, räuspert er sich mit solchen Tendenzen und Sentenzen, die spitzfindig und lärmend gemeint werden. Es ist eine pessimistische Altersweisheit, die der kräftige Mann hinauswendet. Doch er verschmüht es, sich des Stilles der Abklärung, des lächelnden Sarkasmus und der beschwichtigenden Gelassenheit, zu bedienen. Er wettet und beweist alles mit Leidenschaft. Er bleibt nach Ueberwindung der Romantik, der er nur in seiner tastenden Entwicklung angehört, ewig jung, durch seine Bitterkeit und sein Mißtrauen. Er ist trotzdem frühzeitig vergreift, da er so sehr kritisch jede moralische Situation einschätzt. Er ist also ein junger Greis und zugleich ein greiser Jüngling. Seine Sittenweise lautet: „Alles oder nichts“, mit höchst schwerbütigem Unterton.

Da dieses Ideal in der komplizierten Gesellschaft von 1870 wenig Kredit findet, wird Ibsen bißig und wild. Er gefüllt sich in der Enttarnung mächtiger oder auch mangelhafter Individuen, bernierter Existenzen, erblich belasteter, zur Verkümmern verurteilter Schwächlinge und Schwärmer, herrlicher, doch gemeingefährlicher Weiber und vereinsamter Genies. Aber er betont stets, daß all diese Menschen ungeheure Ausnahmefälle seien. Sein Stodmann, sein „Volksfeind“, d. h. der wahre Volksfreund, als Ibsen ihn glorifiziert, sagt: „Der stärkste Mann der Welt ist derjenige, welcher — — — allein steht.“ Ibsen verlangt, daß Stodmann diesen Satz nicht laut und propagandistisch spricht, sondern vertraulich und geheimnisvoll, so etwa, als hätte er eine Weisheit entdeckt. Die vorläufig erst in engen Konzentaten gerannt werden darf. Es ist eine Verschönerung, die sich einige Eingeweihte in die Ohren flüstem. Was außerhalb der geschlossenen Türen herumwimmelt, die „kompakte Majorität“, wird ja doch nicht zu gewinnen sein und auf unabh'ndbare Ereignisse in der traditionellen Laubheit, d. h. in der „Lüge“, stehen bleiben.

Es ist noch nicht 20 Jahre her, daß wir von Kanzeln und Bühnen solche sozialpädagogische Belehrung mit Monne vernahmen. Der Mensch wurde nicht als der Exponent seiner Zeit angesehen. Ihm wurde vielmehr dringlich empfohlen, er möge sich fügen und fortplanzen als der Dypouent seiner Zeit. Da Stodmann seine Fortpflanzungspflichten schon erfüllt hat, fordert er seine Jungen auf, sie sollen ihm einen Haufen recht verklumpter Gassenjungen herbeschaffen. „Einmal will ich doch mit den Dummeln experimentieren. Manchmal können ganz merkwürdige Köpfe darauf sitzen.“ Dieser Wunsch entflammt der famosen Lofstov-Parodie. Er entpringt einem frommen Anarchistenraum. Und Ibsen jagte die Menschen, die er schuf, mit Vorliebe und mit ungewöhnlichen Bodmitteln in irgendeine Isolierung, in irgendeine Gedankenmauerhülle hinein. Er züchtete die Opposition und Verlogenheit in seinen Menschen, und da wir, besonders in gut bürgerlichen Kreisen, noch nicht viel von der heilsamen Medizin des Gemeinschaftsgedankens hielten, wurden wir innerlich befreit durch den so verführerisch und vollkommen gebildeten Herzensanarchisten Henrik Ibsen.

Dann aber schienen uns plötzlich die zerrissenen Höfen der Menschen ebenso wichtig wie ihre zerrissenen Herzen. Wir lernten die Weltplage des Wellenbuhades, den Heuschreckentod der

als Leben und ständiger Wert der Einzelpersonlichkeit. „Was liegt daran, ob eine solche Gesellschaft gefestigt wird oder nicht.“ Kein Dichter vor Ibsen hat die im Wesen des Kapitalismus selbst liegende Unstimmigkeit der bürgerlichen Gesellschaft so scharf erkannt und ins unerbittliche helle Kampenlicht der Bühne gestellt. Mit beherzender Satire entblöhte er ihre Schwächen und leuchtete in ihre dunkelsten Hintergründe hinein. Rücksichtslos geißelte er die Unwehrbarkeit, Hohlheit, Scheinheiligkeit ihrer „Ideale“, deckte er den klaffenden Widerspruch zwischen ihrer angeblich christlichen Gesinnung und ihrem von reinem Gewinnsstreben geleiteten wirtschaftlichen Gebaren auf. Ein Feind aller Konvention, aller „unbestrittenen“ Pflichten und Gebote, aller für heilig erklärten Ideale, greift er die herkömmlichsten moralischen Grundätze an, stellt sie in Frage, macht sie aus absoluten zu problematischen, stellt der gesellschaftlichen Moral eine individuelle gegenüber, zerreiht die Schleiher, die man über die Dinge geworfen, spürt hinter den brauen Mäcken die wahren Gesichter auf.

Durch diese scharfe, unerbittliche Kritik, durch die schneidende Fronte seiner Kühnen Angriffe wurde Ibsen als Verleiner der bürgerlichen Gesellschaft für viele zu einem Wegbereiter des Sozialismus. Das Positive aber in der Idee des Sozialismus, die neue Stillschkeit, die in dem Gedanken des kollektivistischen Wirtschaftslebens, in dem Willen zu gemeinsamer Arbeit an gemeinsamen Aufgaben liegt, ist Ibsen nicht zum Bewußtsein gekommen. Ganz in seinen Dichterberuf aufgehend, kam er mit Arbeiterkreisen nie in engere Berührung, ihr Denken und Fühlen blieben ihm fremd, und so haben die Räte und Kämpfe der Arbeiterklasse — sehen wir von der oben erwähnten kurzen Episode in den „Stützen der Gesellschaft“ ab — auch keinen Platz in seinem Werk gefunden. Nicht von der Mehrheit erwartet Ibsen den Fortschritt, sondern von den wenigen fähigen Vorpostenkämpfern, von freien und geistig vornehmen Persönlichkeiten, von einem neuen Adel des Charakters und der Gesinnung. Dieses abstrakte Element aber, glaubte er, es von unten aus dem Arbeiterstande emporkommen. Darum ist es keineswegs nur Höflichkeitssprache, wenn er in einem Briefe an den bürgerlichen Arbeiterführer Oscar Nissen bekennet, daß von allen Ständen unseres Landes es der Arbeiterstand ist, der meinem Herzen am nächsten liegt, und die Hoffnung und Zuversicht ausstrahlt, daß ihm die Zukunft Bedensbedingungen und eine soziale Lage bringen werde, wie er sie mit lebhafter Freude ersehnt.

Zwar durchaus nicht als eines Gesinnungsgenossen also, wohl aber als eines Freundes des Sozialismus und als eines Mitkämpfers gegen die bürgerliche Gesellschaft dürfen wir Ibsen bei seinem 100jährigen Geburtstag gedenken.

Menschenmengen, die Massenabfuhr der gegeneinander wütenden Böller kennen. Die so genial illustrierten Einzelwesen erschienen uns eines Tages unwichtig. Gegen den Einzelfall stellen wir das Massenschicksal ganzer sozialer Gruppen oder Nationen. Wir vorzuden, die besonderen Katastrophen und Krebschäden, die das Einzelindividuum plagten, mit Gemeinschaftsmedizin, mit Sozialhygiene und organisierter Wohlfahrtspflege zu kurieren. Wir normierten den Menschen, das Menschenglück und auch das Menschenleid. Die Welt im einzelnen Menschen, seine Sehnsucht und seine Not schienen uns durchsichtiger und deshalb unbedeutender als die Welt außerhalb der Menschen, die für unsere Begriffe viel rätselhafter wurde. Die kompakte Majorität war uns plötzlich heiliger als der einzelne Mann mit dem genialen Diktator, als die einzelne Frau mit der märchenhaften Rigenjele.

Die Welt Ibsens kam uns deshalb vor wie eine Isolierzelle oder Schredenstammer. Wir verspürten vorläufig nur geringe Lust, uns mit dem Theater seiner Parodien zu befreunden. Sein Realismus, auf Psychiatrie fundiert, seine Logik und Psychologie, auch alle seine theatralischen Mittel trafen uns vorläufig nicht mehr tief, nachdem sie uns noch vor einem Vierteljahrhundert bis zum Fieber erhitzen hatten.

Ibsen war die olympische Größe seiner Zeit. Wir nahen uns heute mit historischem Bewußtsein und Skeptizismus. Das Genie, das gewesen ist, wird durch solche Feststellung weder geschmälert noch geschmälert. Es bedundet sich nur das seltsame Paradox, daß Ibsen uns heute so fern ist, weil er uns zeitlich noch so nahe ist. Es ist aber möglich, ja, es ist beinahe gewiß, daß wir ihn eines Tages wieder ganz anders begreifen, als wir es heute vermögen. Henrik Ibsen ist ja erst hundert Jahre alt. Dann aber werden wir ihn auch anders spielen müssen: nicht mehr realistisch und psychologisch behutsam und auch nicht mehr mit maßlosem Ernst. Wir werden ihn spielen, um mit seinen Masken einen ironischen Knalleffekt zu erzielen, wir werden ihn aufführen als einen Satiriker, nicht mehr als einen gewaltigen Pathos. Gerade deshalb, weil Ibsen sehr leidenschaftlich seine Dogmen verfocht und kein Kompromiß der Anschauungen zuließ, wird sein Theater sich ganz hervorragend zur satirischen Darstellung eignen. Man stelle sich z. B. Nora, die Sklavin des Puppenheims, vor, wie die herrliche Duse diese Rolle spielte! Aller Schmelz, alle heilige Verlorenheit, alle unheimliche Traumwandlungsgemüt offenbarte sich durch diese überhöchste Schmelze des Schmerzes. Aber man brach unter ihrer Weisheit zusammen. Man rezitierte, obwohl man aufgewühlt wurde. Irgend etwas Unbestimmtes tumorte schon heimlich im Gemüt, ein Widerstand gegen diese heroische Trübseligkeit, und analysierte man dieses Unbehagen, dann merkte man bei zunehmender Kaltblütigkeit, daß der Dichter und seine genialste Ausbeuterin auf jenem messerscharfen Brote vorwärts schritten, auf dem sich das Erhabene und das zum Lächeln Reizende trennen.

So einzigartig und kostbar toll konnte man ehemals sein, wie diese befehlene Nora, wie dieser im Blut seiner Väter angefaulte Oswald, wie diese wilde, wollüstige Hedda Gabler, wie diese naturtruntem Frau vom Meere. Und nun zeigt man sich eines Tages all diese herrlich und heiligste gesteigerte Verlogenheit als die wirkliche oder auch nur als die eingebildete Krankheit einer ausgeprägten Vergangenheit. Kapellier und Schauspieler einigen sich dahin, mit ihren tragischen Rollen karikierend zu jonglieren.

Dieser Schauspielerstil für das Ibsen-Theater wird sicher eines Tages die Auferstehung seiner heute vernachlässigten Dramen bringen. Denn das ist das Schicksal aller Gedanken und Kunstformen: sie erstehen aus eine Zeit als bittere Notwendigkeiten, bis sich in einer erlösenden Stunde die Kühnheit als erheiternde Komik und die großartig vertonte Tragödie als lauterste Komödie entpuppen.

Robert Mayer, der Narr von Heilbronn.

(Gestorben 20. März 1878.)

Von Rudolf Lämmel-Dornburg.

Mayer war ein Original. Er hatte die absonderliche Gewohnheit, über die Dinge wirklich und selber nachzudenken, statt gläubig hinzunehmen, was die Großen der Wissenschaft seit den Griechen vor ihm gelehrt hatten. So kam er zur Erkenntnis des Gesetzes von der Umwandbarkeit der verschiedenen Energieformen, z. B. eine Kalorie Wärme = 428 Kilogramm-Meter mechanischer Arbeit. Und er sprach allgemein aus: die Summe aller Energieformen ist unveränderlich. Er entdeckte, daß sich Arbeit in Wärme verwandeln lasse, was übrigens jeder nachprüfen kann, wenn er sich, sei's vergnügt oder aber frierend, die Hände reibt.

Das führte weiter zur klaren Erkenntnis, daß eine Maschine, die Arbeit aus nichts herstellt, unmöglich sei. Freilich weiß heute jeder, der die Volksschule hinter sich gebracht hat, daß das Gesetz von der Erhaltung der Energie ein wichtiges Grundgesetz der Natur ist, in der der wir leben. Aber damals schien die Sache den Leuten — ich meine damit die Doktoren und Professoren — so lächerlich, daß der „berühmteste“ Physiker jener Zeit die Einwendung Meyers nicht aufnahm, nicht einmal beantwortete. Der Herr war ein Professor Poggendorf, nach dem heute freilich kein Haub mehr trägt. Viele Jahre mußte Robert Mayer um Anerkennung kämpfen, und er hätte sie nicht erreicht, wenn nicht englische Gelehrte geholfen hätten. Es ist aber sehr lehrreich zu wissen, daß z. B. Tyndall nur deswegen für Mayer gegen seinen eigenen Landsmann Joule eintrat — weil er damit diesem letzteren eine auswärtige konnte!

Aber schließlich hat Mayer doch allmählich die Anerkennung seiner neuen Forschungen erreicht. Weber der große Newton, noch Laplace, Lagrange, Lapoussier, Gauß, Riemann oder ein anderer Großer der Wissenschaft hatte in dieser gleichwohl offen daliegenden und sehr wichtigen Frage richtig gedacht.

Niemals aber hatte Mayer Benugung bekommen für die medizinische Schmach, deren Opfer er geworden war, für jene verdröckerische Einsperrung ins Irrenhaus, die niedertrüchtige Behandlung selbst mit medizinischer Ueberheblichkeit ärztlicher Unerweisheit und Zwangsstraße. Niemals auch konnte Mayer die tiefe Demütigung und den schweren Schock überwinden, den das eine Jahr Irrenhaus brachte. Da er etwas behauptete, was von den Gelehrten nicht anerkannt wurde (Arbeit kann in Wärme verwandelt werden und umgekehrt), so galt er als irre.

Russisches Del und Deutschland.

Wachsender Absatz — Amerika bleibt führend — Russische Kämpfe.

Das Vordringen des russischen Petroleum auf dem Weltmarkt vollzieht sich unter so aufregenden Begleiterscheinungen, daß infolge dessen die gegenwärtige finanzielle Bedeutung des Raphthaexportes für Rußland gelegentlich sehr überschätzt wird. Mit dem Getreideexport kann sich der russische Raphthaexport noch lange nicht messen.

Der Wert des Raphthaexportes

Im Jahre 1925/26 wird mit 75 Millionen Rubel angegeben, und er dürfte trotz der bedeutenden quantitativen Steigerung der Ausfuhr im Jahre 1926/27 mit Rücksicht auf die gesunkenen Preise nicht wesentlich höher zu bewerten sein. 75 Millionen Rubel würden aber nur 11 Proz. des russischen Gesamtexportes von 676 Millionen Rubel im Jahre 1926/27 bedeuten, während der Wert der Getreideausfuhr 232,6 Millionen, der Wert der gesamten Agrarausfuhr 417,7 Millionen Rubel betrug.

Nach darf man nicht etwa glauben, daß die Lieferungsverträge, die die Standard Oil Company von New York und die Vacuum Oil Company mit dem russischen Raphthaexport abgeschlossen haben und die ihrerseits kaum 10 Proz. des russischen Raphthaexportes betreffen, wirklich die Ursache des partiellen Krieges zwischen dem Standard Oil und dem Shell-Konzern bilden. Hätte nicht die gewaltige Ueberproduktion in Amerika den Standardgesellschaften den Gedanken eines Konkurrenzkampfes nahegelegt, so hätte der Umstand, daß sie russisches Del in Indien und im Orient billiger absetzen können als ihr eigenes Rohöl, sie sicher nicht zur Aufnahme des Kampfes bewegen. Nichtsdestoweniger hat die

Ausdehnung des Raphthaexportes für Rußland einen ungeheuren Wert.

Die Raphthaindustrie ist jener Zweig der russischen Wirtschaft, welcher in der raschesten Entwicklung begriffen ist, und dessen Erzeugung und Ausfuhr die Vorkriegsziffern weit hinter sich lassen. Auf diesem Gebiete scheint die Konzentration in einer Hand wirklich große Vorteile zu bieten. Durch die Einheitlichkeit der Leitung können die Bohrungen in zweckmäßiger Weise angelegt und vermehrt werden unter Vermeidung gegenseitiger Anbohrungen und unter Verhinderung jener plötzlichen übermäßigen Produktionssteigerungen, welche die freie Petroleumindustrie von Zeit zu Zeit in eine überaus trübselige Lage versetzen. Hier kann rationalisiert und billig produziert werden, so daß selbst bei der gegenwärtigen Preislage das russische Raphthaexport beträchtliche Ueberflüsse an den Staat abführen kann. Und es ist für die Sowjetregierung von größter propagandistischer Wirkung, daß ihre Petroleumprodukte an allen Märkten der Welt erscheinen und der internationalen Arbeiterschaft augenfällig demonstrieren, daß wenigstens auf einem Gebiet ein staatlich russischer Betrieb mit den größten kapitalistischen Konzernen konkurrieren kann.

Die russische Raphthaproduktion im Jahre 1926/27 betrug 10,36 Millionen gegen 8,32 Millionen im Vorjahre und 8,77 Millionen im Jahre 1913. Unter den Petroleum produzierenden Staaten stand Rußland infolge des Rückgangs der mexikanischen Produktion im Jahre 1926/27 an zweiter Stelle. Uebrigens ist in dieser Industrie der Abstand der zweiten Stelle von der ersten ungeheuer. Die russische Erzeugung betrug kaum 8 Proz. der Erzeugung der Vereinigten Staaten (72 Millionen gegen 905 Millionen Barrels) und etwa 6 Proz. der Weltproduktion von 1254 Millionen Barrels (1 Barrel = 1,64 Hektoliter). Dagegen ist allerdings dem russischen Petroleum eine große Zukunft zuzusprechen, denn die Rohölvorräte des russischen Territoriums werden auf 2874 Millionen Tonnen geschätzt, mehr als doppelt so hoch als die Erdölvorräte der Vereinigten Staaten, die allerdings von der offiziellen Statistik regelmäßig unterschätzt zu werden pflegen.

Von diesen 10,36 Millionen Tonnen wurden 2,04 Millionen Tonnen exportiert gegen 1,47 Millionen Tonnen im Vorjahre, 952 000 Tonnen im Jahre 1913 und 1,84 Millionen Tonnen im Jahre des bisherigen Rekordjahres 1904. Während also die Produktion gegenüber dem Vorjahre nur um 24 Proz. gestiegen ist, weist der Gesamtexport eine Zunahme von 38 Proz. auf. Dabei hat sich gegenüber der Vorkriegszeit der

Charakter des Exports wesentlich geändert.

Der Export setzt sich gegenwärtig zusammen: aus 599 000 Tonnen Benzin (gegen 399 000 im Vorjahre, 132 000 im Jahre 1913 und 19 000 im Jahre 1904), 438 000 Tonnen Petroleum (gegen 311 000,

444 000 und 1,5 Millionen Tonnen), 168 000 Tonnen Schmieröl (gegen 133 000, 239 000 und 224 000), 675 000 Tonnen Heizöl (gegen 475 000, 65 000 und 0). Von dem russischen Export gingen 478 000 Tonnen (gegen 308 000 im Vorjahre) nach Italien, 338 000 (179 000) nach Frankreich, 381 000 (385 000) nach England — der Bruch mit England hat also dem Petroleumexport nach England seinen Eintrag getan —, 348 000 (241 000) nach Deutschland, Oesterreich und der Tschechoslowakei, 156 000 (84 000) nach Ägypten und Indien, 69 000 (62 000) nach Belgien, 69 000 (15 000) nach Spanien; 38 000 (20 000) Tonnen wurden an Bunkeröl für Schiffe abgegeben. Der wichtigste Abnehmer ist also Italien.

Die deutsche Einfuhrstatistik, die sich allerdings auf das Kalenderjahr 1927 bezieht, weist nur eine Einfuhr von 56 000 Tonnen Benzin (gegen 37 000 im Vorjahre) aus oder rund 8 Proz. der deutschen Benzineinfuhr von 713 000 Tonnen, 83 000 (71 000) Tonnen Schmieröl oder nicht ganz 22 Proz. der gesamten deutschen Schmieröleinfuhr. 13 000 (18 000) Tonnen Gasöl oder kaum 8 Proz. des deutschen Gasölimports und bloß 5400 Tonnen Petroleum (Vaseline), das sind nur etwas über 3 Proz. der deutschen Vaseline-einfuhr. Insgesamt ergibt sich also nach der deutschen Statistik ein Import von 157 000 Tonnen an russischen Petroleumprodukten oder weniger als die Hälfte der russischen Ausfuhrziffer. Diese Differenz ist dadurch nicht völlig aufgeklärt, daß die russische Statistik den Export nach Deutschland, Oesterreich und der Tschechoslowakei in einer Ziffer zusammenfaßt. Von russischer Seite wird darauf hingewiesen, daß ihre Statistik nicht das Bestimmungsland, sondern die Rationalität der Besteller aufnimmt, daß also möglicherweise auch deutsche Transitskäufe ihre Ziffer beeinflussen haben. In der deutschen Einfuhr spielt also Rußland durchaus keine dominierende Rolle.

Der deutsche Delmarkt im Delkrieg.

Wenn also auch die russische Einfuhr nach Deutschland im Fortschreiten begriffen ist und der Benzinimport aus Rußland in diesem Jahre zum Beispiel um mehr als 50 Proz. zugenommen hat, so dominieren doch auf dem deutschen Markt noch durchaus die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft als Vertreterin des Standard-Konzerns und die Rheno-Delflag als Handelsgesellschaft des englisch-niederländischen Konzerns (Royal Shell). Obwohl diese beiden Gesellschaften miteinander konkurrieren, so führen sie doch keinen Krieg gegeneinander. Die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft gehört nicht zum Konzern der Standard Oil of New Jersey, sondern zum Konzern der Standard Oil of New Jersey, die offiziell am Kampf gegen Deterding noch nicht teilnimmt.

Uebrigens führt der Deterding-Konzern gegen die Standardgruppe den Krieg nur auf jenen Gebieten, wo dieser Konzern russisches Petroleum verwendet, was in Deutschland nicht der Fall ist. Die beiden Gesellschaften verkehren miteinander sowie mit der Deutschen Petroleum-Aktiengesellschaft, die persisches Petroleum verkauft, sogar ziemlich freundschaftlich. Die deutsch-russische Petroleumgesellschaft dagegen, die Derunaphi, hat im Laufe des verfloffenen Jahres eine Zeitlang einen ziemlich heftigen Kampf gegen die anderen Gesellschaften geführt und jede Offerte dieser Gesellschaften um einen Pfennig unterboten. Jetzt haben diese Unterbietungen aufgehört. Wenn die Preise dennoch weiter zurückgehen, wenigstens indirekt, wie z. B. auf dem Wege von Rabatten an die Kraftwageneigentümer, so ist dies die Wirkung der Ueberproduktion in Amerika und der wachsenden Rohölgewinnung in einigen neuen Aufschlußgebieten.

Für die Zukunft wird jedoch Rußland auf eine Erweiterung seines Absatzgebietes in Deutschland nicht verzichten. Das russische Raphthaexport hat eben jetzt mit der ehemals österreichischen Gallia die „Derop“ gegründet, welche den Kleinverkauf in die Hand nehmen und auch Zapfstellen errichten soll; eine ähnliche Organisation, wie sie sich das russische Raphthaexport bereits in der „Rop“ (Russian Oil Products Ltd.) in England geschaffen hat und in Frankreich zu schaffen beabsichtigt. Durch Vereinigung mit der Erdölindustrie-Aktiengesellschaft („Eriag“) wird die Derop ein bereits vorhandenes Zapfstellennetz gewinnen, an das sie anknüpfen kann, und wird auch die kaufmännischen Erfahrungen der Eriag im deutschen Verbrauchergeschäft verwerten können.

Gebiete zu gestalten. Es sei im übrigen zu berücksichtigen, daß der Vorbericht nur den Stand der Verschuldung am 30. Juni 1926 erfaßt. Ein abschließendes Urteil über die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft in allen Gebieten und Betriebsgrößen enthalte der Vorbericht nicht. Der Sach aus dem Bericht, daß das Kernübel in dem Mißverhältnis der Betriebseinnahmen zu den Ausgaben, insbesondere den öffentlichen Lasten und den hohen Zinslasten bestehe — dieser Sach, auf den der Reichslandbund offenbar den Hauptwert legt, wird zur Beruhigung noch einmal wörtlich zitiert.

Wir haben gegen diese Beruhigung der agrarischen Öffentlichkeit, wenn wir sie für einen Enqueteauschuss auch ungewöhnlich finden, nichts einzuwenden. Aber wir wissen nicht, ob der Enqueteauschuss seine Autorität in der Öffentlichkeit damit stärkt, besonders nachdem die Kreise des Reichslandbundes, also in erster Linie politisch interessierte Kreise, ihre Enttäuschung und ihre Empörung über den Enquetebereich so offenkundig gemacht haben.

Niedriger hängen!

Bekommt die Großeinkaufsgesellschaft Staatskredite?

Die „Allgemeine Fleischerzeitung“ überschreibt in ihrer Nr. 63 vom 14. März d. J. eine Notiz: „Millionenkredite für die Böts-Werte.“ Sie gibt in ihrer Notiz die Mitteilung des preussischen Landwirtschaftsministers wieder, in der es u. a. heißt:

„Außerdem hat der Landwirtschaftsminister beantragt, Mittel bereitzustellen, damit die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine sofort Rastschweine gegen Lieferung von 1. Klasse abnehmen kann.“

Diese Mitteilung deutet die „Allgemeine Fleischerzeitung“ so, daß die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine Millionen erhalten soll, offenbar für den Ausbau der früheren Böts-Werte in Oldenburg.

Somit uns bekannt, handelt es sich bei dem Antrag des preussischen Landwirtschaftsministers darum, den gegenwärtig reichlich besetzten Schweinemarkt mehr zu entlasten, als es jetzt durch den Konsum geschieht. Dazu sind natürlich nur große Werte instande, wie sie die „Großeinkaufsgesellschaft“ Deutscher Konsumvereine m. b. H.“ besitzt. Die Großeinkaufsgesellschaft hat sich bereit erklärt, schon jetzt Schweine aus dem Markt zu nehmen und sie nicht mit barem Geld, sondern mit Futtermitteln, nämlich Gerste, zu bezahlen. Diese Gerste ist aber heute im Verhältnis zu den Schweinepreisen so teuer, daß es für die GEG. ein Verlustgeschäft wäre. Aus diesem Grunde hat sich der preussische Landwirtschaftsminister bereit erklärt, für eine Uebergangszeit, die sich nur auf wenige Wochen erstreckt, weil im März jedermann mit höheren Schweinefleischpreisen rechnet, aus den zur Verfügung stehenden Mitteln zuzugreifen.

Es handelt sich also nicht um einen Millionenkredit, es handelt sich überhaupt nicht um einen Kredit, sondern es handelt sich um eine Maßnahme zugunsten der Landwirtschaft, die denn auch aus landwirtschaftlichen Kreisen lebhaft befürwortet wird. Wenn der Plan nicht zur Ausführung kommen sollte, so hat nicht die Großeinkaufsgesellschaft den Schaden davon, für die es, wie bereits gesagt, nur ein Entgegenkommen bedeutet, wenn sie die geplanten Maßnahmen mitmacht, sondern die Landwirtschaft wäre die Leidtragende.

Im übrigen dürfte es auch der „Allgemeinen Fleischerzeitung“ nicht unbekannt sein, daß die Großeinkaufsgesellschaft nicht nur keiner Kredite bedarf, am allerwenigsten, um ihre Werte auszubauen. Daß die Böts-Werte der Großeinkaufsgesellschaft vor bezahlt worden sind, weiß die „Fleischerzeitung“, und sie hat früher selbst schon zu ihrem eigenen Verger konstatiert müssen, daß die organisierten Genossenschaften ihrer Zentrale genügend Gelder zur Verfügung stellen, um den Ausbau aller ihrer Anlagen — es sind leider erst 43 Fabriken — zu gewährleisten.

Geld ist noch reichlich vorhanden. Die Reichsbank kauft Gold. Der Reichsbankausweis zum 15. März läßt wieder eine erhebliche Entlastung der Reichsbank erkennen, obwohl kurz vor dem Quartalsabschluss sonst viel Geld verlangt wird. Der Rückgang der Wechselbestände um 260,3 auf 2000,7 Millionen ist recht beträchtlich, und wenn auch die Lombardbestände, wie gewöhnlich zur Monatsmitte, um 40,4 auf 91 Millionen anwachsen und die Rundschäftsgehalte auf Girokonto um 34,5 auf 492,1 Millionen gesunken sind, so scheinen Banken und Wirtschaft doch noch immer recht flüssig zu sein. Der Notenumlauf hat sich um 181,9 auf 3885,8, der Umlauf an Rentenscheinen um 1,5 auf 604,0 Millionen verringert. Die Goldbestände sind mit 1881,1 Millionen fast unverändert, die Devisenbestände für die Notendeckung um 35,2 auf 262,1 Millionen gesunken. Diese erhebliche Senkung der Deckungsbedürfnisse erklärt sich für rund 21 Millionen Mark aus Goldkäufen im Ausland, die im nächsten Reichsbankausweis die Goldbestände entsprechend höher erscheinen lassen werden.

Die deutsche Ausfuhr nach Rußland steigt. Nach den Angaben des Moskauer Handelskommissariats ist in dem bisherigen Rückgang der deutschen Ausfuhr nach Sowjetrußland, der nicht zuletzt der Anlaß zu den kürzlich abgebrochenen deutsch-russischen Verhandlungen war, ein Wandel eingetreten. In den vier Monaten Oktober-Januar 1927/28 ist der Sowjetexport nach Deutschland um 7 Proz. auf 59,8 Millionen Rubel zurückgegangen, während die deutsche Ausfuhr nach Rußland auf 76,4 Millionen Rubel, das ist fast das Doppelte des Vorjahres, erhöht ist. Da die Lieferungen aus den bekannten Russenkrediten in der fraglichen Zeit zugenommen haben dürften, wäre diese Entwicklung möglich. Doch wird sie im einzelnen noch nachzuprüfen sein.

Der amerikanische Gummikrieg gegen England hat eine Vertiefung erfahren. Die in den Vereinigten Staaten bestehende Gummieinkaufsgesellschaft, die durch gemeinsamen Einkauf des gesamten amerikanischen Bedarfs und durch entsprechende Lagerhaltung auf die englischen Preisbedürfnisse entsprechenden Einfluss ausüben will, wird ihre Tätigkeit nicht einstellen, wie erwartet wurde, sondern verstärkt fortsetzen. Sie hat einen neuen Kredit von nicht weniger als 80 Millionen Dollar erhalten, der zur Senkung bzw. Stabilisierung der Gummipreise verwendet werden soll. Da vom amerikanischen Handelsminister Hoover bekannt ist, daß er den Kampf gegen das englische Gummimonopol scharf führen will, ist anzunehmen, daß diese Kreditgewährung unter Förderung der amerikanischen Regierung zustande gekommen ist.

Wichtiger Aktienwerb des RWG.

Neue Gasbeteiligungen trotz Verkaufs des Gasnetzes.

Wie gemeldet wird, ist die Aktienmajorität der Allgemeinen Gas- und Elektrizitäts-Gesellschaft, Bremen, nachdem sie sich bisher im Besitz der Bankfirmen Carls u. Co., Berlin, und Gumpel, Hannover, sowie der Metallfirma Schöner u. Co., Berlin, befunden hatte, in die Hände der Aktiengesellschaft für Energiewirtschaft in Berlin gelangt. In der letzten Generalversammlung der Bremer Gesellschaft wurde der Aufsichtsrat noch durch Vertreter dieser Firmen ergänzt, so daß daraus der Schluß gezogen werden kann, daß diese Firmen die Majorität noch nicht lange besitzen.

In dieser Transaktion ist in hohem Maße bemerkenswert, daß die Aktiengesellschaft für Energiewirtschaft, Berlin, vom Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk beherrscht wird. Ihr Aufsichtsratsvorsitzender ist Dr. Böger, und der gesamte Vorstand des RWG. ist im Aufsichtsrat vertreten. Die Allgemeine Gas- und Elektrizitäts-Gesellschaft Bremen ist in der Hauptsache Holding-Gesellschaft und beherrscht durch Majoritätsbesitz etwa zwei Dutzend Gas- und Elektrizitätswerke, besonders in West-, Mittel- und Süddeutschland.

Die Ausdehnung der reinen Elektrizitätsinteressen beim RWG. wäre begreiflich. Es ist aber nicht anzunehmen, daß das RWG. Elektrizitätsinteressen in diesem Falle verfolgt. Das widerspricht seiner bisherigen Methode des Stromverkaufs. Wahrscheinlicher ist vielmehr, daß das RWG. hier Gasinteressen verfolgt, und zwar obwohl es erst ganz kürzlich sein Gasnetz an die private Aktiengesellschaft für Kohleerwertung in Essen veräußert hat. Es ist deshalb die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß das RWG. auch mit dem Erwerb dieser Majorität, ähnlich wie es bei

dem Verkauf des Gasnetzes geschah, den Ferngasplänen der Ruhr-Schrittmacherdienste leistet. Die Öffentlichkeit hat deshalb alles Interesse, die weitere Auswirkung dieser Transaktion aufmerksam zu verfolgen.

Zur Vermeidung falscher Auffassungen.

Der Enqueteauschuss beruhigt über seinen Agrarbericht.

Wir haben kürzlich schon darauf hingewiesen, daß der Vorbericht des Unterausschusses für Landwirtschaft beim Enqueteauschuss über die Verschuldung der Landwirtschaft beim Reichslandbund teils schwere Enttäuschung, teils heftige Empörung ausgelöst hat. Das ist kein Wunder, weil dieser Vorbericht in der Tat die ganze Bauernagitation des Reichslandbundes in die schwersten Verlegenheiten bringt. Scheinbar aus dieser Situation heraus hat der Unterausschuss für Landwirtschaft, dem auch eine Anzahl Führer des Reichslandbundes angehört, sich zu dem außergewöhnlichen Schritt verstanden, eine beruhigende Erklärung über die Tragweite des Berichtes zu veröffentlichen.

Es wird unterstrichen, daß es sich um einen Vorbericht handle und daß die Erhebungen über die Verschuldung der Landwirtschaft noch nicht abgeschlossen seien. Die bisherigen Ergebnisse seien nur deshalb zusammengefaßt worden, um einer Entschleunigung des Reichstages Rechnung zu tragen. Namentlich seien die Erhebungen im Rheinland und in Süddeutschland nur auf sehr wenige Buchführungsergebnisse gestützt. „Um eine Beruhigung, die in landwirtschaftlichen Kreisen durch einseitige Auslegung in der Presse entstehen kann“, zu vermeiden, wird festgestellt, daß die erhobten rheinländischen und süddeutschen Betriebe an und für sich viel zu gering seien, um eine Verallgemeinerung für diese

Zum Kochen
von Gemüse

MAGGI'S
Fleischbrühe



Abrechnung mit den Großagrariern.

Finanzdebatte im Reichstag. — Die Großgrundbesitzer als Steuerdrückeberger.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des Reichstags macht Präsident Lohde darauf aufmerksam, daß er am Sonnabend irrtümlich das Initiationsgesetz des Reichsrats über die Uebernahme der gesamten Kosten der Eisenunterstützung auf das Reich, das bereits entsprechend dem Ausschusshantrag abgelehnt war, nochmals zur Abstimmung gebracht habe. Es gelte natürlich der ablehnende Beschluß des Reichstags.

Das Saarabkommen mit Frankreich geht an den Auswärtigen und den Handelspolitischen Ausschuß, der Vertrag mit Polen über die Landarbeiter an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß.

Die Verlängerung des Gesetzes über den Verkehr mit unedlen Metallen bis Ende dieses Jahres, allerdings mit Ausnahme von Eisenschrott, wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Eine Ausschussschließung, die die Uebernahme der durch die Beschäftigungsverhältnisse den Gemeinden entstandenen Polizeikosten auf das Reich verlangt, wird angenommen, ebenso eine Ausschussschließung, den Saargängern und Mosel-Rohrbrücker-Bürgern wieder 14 Mark monatlich für Verheirathete, 7 Mark für Ledige zu zahlen und Hessen einen Reichszuschuß zum Rheinbrückenbau in Mainz zu gewähren.

Darauf wird die zweite Lesung des Haushalts fortgesetzt beim

Kriegslastenetat.

Abg. Dr. Schneider-Dresden (D. Sp.) bedauert, daß unsere Tributzinsen immer noch nicht endgültig festgesetzt sind. Mit aller Schärfe müsse protestiert werden gegen die Zustimmung, die phantastische Summe des Londoner Ultimatus von 132 Milliarden als Endsumme anzuerkennen. Zu fordern sei die Festlegung einer Endsumme, die weit unter 40 Milliarden liegt.

Abg. Dr. Derenburg (Dem.) weist auf die erschreckende Höhe des Kriegslastenetats hin. Wenn wir eine Revision des Dawes-Plans wollen, dann müssen wir bei uns selbst anfangen und ein Ende machen mit der demagogischen Finanzpolitik, die heute bei uns getrieben wird.

Abg. Dr. Reichert (Dnt.) fragt, bis zu welchem Stadium die früher eingeleitete Aussprache des Reichsfinanzministers mit dem Reparationsamt gediehen sei und wie es mit der Endsumme stehe.

Die Deutschnationalen müssen jede Verantwortung für die Gestaltung des Dawes-Plans ablehnen.

Abg. Dr. Dredt (Wirtsch. Bg.) meint, es sei sehr einfach, sich jetzt gegen den Dawes-Plan zu erklären. Seine Annahme wäre ohne die Zustimmung der Deutschnationalen nicht möglich gewesen. Gerade die deutschnational beeinflussten Regierungen hätten die Stats so angefaßt, daß die Wirkung eine Steigerung der Dawes-Zahlungen war.

Damit schließt die Aussprache. Der Kriegslastenetat wird angenommen, dazu eine Entschickung zugunsten der eisen-lehrnischen Aufstellungsbeamten.

Der inzwischen eingegangene Ergänzungshaushalt, der das Rotprogramm enthält, wird ohne Aussprache dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Es folgte die zweite Beratung des Haushalts des

Reichsfinanzministeriums.

Der Ausschuß verlangt in einer Entschickung jährliche Nachmeldungen über Festsetzung, Erlaß und Niederzahlung von Geldstrafen.

Abg. Meier-Baden (Soz.):

Beit noch immer das Existenzminimum viel zu niedrig angelegt worden ist, ersticken die Steuerbehörden in Arbeit. Die 60 Proz. Steuerpflichtigen der untersten Einkommenstufe bringen nur den Betrag von 10 Millionen, die übrigen 40 Proz. dagegen 1250 Millionen. Die Ersparnis der halben Arbeit würde also nur geringfügige Steuerausfälle zur Folge haben. Leider haben die Regierungsparteien unsere Anträge auf Entlastung der Kleinen und Kleinsten Existenzen abgelehnt;

Ihre Beschlüsse sind keine Erfüllung der Dem. Brüning, die eine Senkung der Lohnsteuer versprach.

Vor allem muß die Kombestimmung in der Verbrauchsbesteuerung des Einkommensteuergesetzes geändert werden. Ihre Folge ist heute, daß ein Geschäftsmann, der monatlich 4000 Mark für seinen Ver-

brauch aus dem Geschäft zieht, so daß dieses keinen Gewinn weiter abwirft, einkommensteuerfrei bleibt. (Hört, hört! links.)

Energischer müßte die Regierung Front machen gegen die maßlose Steuerhebe des Landbundes, der auf diese Weise die große Not und das bittere Leid vergessen machen will, das andere Kreise des deutschen Volkes tragen müssen. Wenn eine Schicht das Recht hätte, sich gegen die Steuerlast aufzulehnen, dann wären es die Konsumenten, besonders die Lohn- und Gehaltsempfänger. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Landwirtschaft aber hat kein Recht dazu, denn sie bringt knapp drei Prozent der gesamten Einkommensteuer auf.

(Hört, hört! links.) Aber auch innerhalb der Landwirtschaft ist die Steuerleistung noch ganz verschieden. Der badische Kleinbauer zahlt 145 Mark pro Hektar, der ostpreussische Großagrariere 17 Mark. (Erneutes: hört, hört! links.)

Wir fordern deshalb Difenlegung der Steuerlisten, damit die Herren im Osten sich schämen, künftig noch solche Steuererklärungen abzugeben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Cramer (D. Sp.) weist darauf hin, daß die Haupteinnahmen des Reiches nicht aus den direkten Steuern, sondern aus den Zöllen und Verbrauchsabgaben stammen. Bei den Besitz- und Verkehrssteuern sei teilweise eine Ueberlastung der Steuerkraft zu verzeichnen. Die Lohnsteuer sollte auf eine andere Basis gestellt werden. Nicht nur die Landwirte, sondern alle Berufsschichten hätten über steuerliche Ueberlastung zu klagen. Die geräuschvollen Landbunddemonstrationen, bei denen oft mit unwareren, demagogischen Behauptungen gearbeitet werde, machten oft den Eindruck, als hätten die Führer ein Vergnügen daran, die Volksseele zum Kochen zu bringen.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) verlangt eine Herabsetzung der Kosten des Finanzministeriums und eine Verminderung seines großen Verwaltungsapparats im Interesse der Steuerzahler.

Die Kleinen Bauern müßten heute weit höhere Steuern zahlen als die Großgrundbesitzer.

Die schwankende Haltung des Reichsfinanzministers in der Beurteilung der Finanzlage des Reiches je nach den politischen Bedürfnissen der Regierung sei befremdlich.

Abg. Dr. Brüning (Z.): Bei der Lohnsteuer sei die Grenze der Vereinfachung durch die soziale Gerechtigkeit gezogen, die die Erstattung der zurück erhobenen Steuer verlangt. Bei der Landwirtschaft werde sich das jetzige System der Besteuerung nicht dauernd aufrechterhalten lassen. Jetzt werde eine wirkliche Einkommensteuer eigentlich nur bei den buchführenden Landwirten berechnet mit dem Erfolg, daß die großen Landwirte weit besser abschneiden, als die Kleinbauern, bei denen das Einkommen geschätzt wird.

Abg. Dr. Gerete (Dnt.) beklagt die steuerliche Belastung der Landwirtschaft. Die in Preußen durchgeführte Aufhebung der Gutsbezirke habe zu weiteren Lasten für die Bauern geführt. Die Kundgebungen der Bauernschaft im ganzen Reich seien keineswegs künstlich aufgeblasen; die Führer hätten vielmehr alle Mühe, die erregten Bauern vor unbedachten Schritten zurückzuhalten. Der Vorwurf der Steuerdrückebergerei gegen den Großgrundbesitz sei ganz unberechtigt.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler: Wir sind uns darüber klar, daß bei der Lohnsteuer eine Veränderung notwendig ist. Wir werden uns in nächster Zeit auch aussprechen müssen über die Frage von Zöllensenkungen und über Fragen der Besitz- und Verkehrssteuern. Die Tätigkeit der Reichssteuerbeamten ist mit Recht anerkannt worden, daß der Reichstag in den Gegebenheiten zum großen Teil die Steigerung der Steuereinnahmen zu verdanken. Die Kompliziertheit der Steuerverwaltung ist in der Hauptsache dadurch verschuldet worden, daß der Reichstag in den Gegebenheiten jede mögliche Einzelheit regeln wollte. Wir arbeiten an der Vereinfachung des Apparats. Die Aufhebung einer großen Zahl Finanzämter steht bevor, auch die Landesfinanzämter sollen verringert werden. Die Buch- und Betriebsprüfung hat sich gut entwickelt. 1927 ist es uns dadurch gelungen, die internationale Verschlechterung vieler Betriebe aufzudecken zum Nutzen der Einnahmen des Reiches. (Der Minister kam dann auf die Landbundehe zu sprechen. Wir berichten darüber im Hauptblatt.)

Abg. Simon-Schwaben (Soz.):

Der Landbund sucht in geradezu verbrecherischer Weise die Agitation zu betreiben. Gewiß hat auch der Landwirt das Recht der Demonstrationen, aber er muß sich im Rahmen der Gesetze halten. Die Landwirtschaft ist in Not, aber man darf nicht vergessen, daß sie immer noch im Besitze von Realitäten ist.

Der Großgrundbesitz ist lange nicht so notleidend wie der kleine Bauer.

Zwei Drittel des Steueraufkommens entstammen den Klassensteuern. Die Senkung der Lohnsteuer ist namentlich den Sozialdemokraten zu verdanken. Aber sie ist wieder weitgemacht worden durch die Zölle und Verbrauchssteuern. Wir fordern Ausbau der Vermögenssteuer, Einführung der Vermögenswachstumssteuer, Besteuerung nach dem Verbrauch, Ermäßigung der Lohnsteuer. Viel zu reichlich wird die Stundung von Steuern zugestanden. Wo der böse Wille vorhanden ist, muß entschieden zugegriffen werden. Die Buchführung muß weiter ausgebaut werden, damit mehr Betriebe kontrolliert werden können; es ist doch beachtlich, daß in einem Jahre über 100 Millionen Mark an Steuern mit Hilfe des Buchprüfungsdienstes heringeholt werden konnten. Die Ueberstunden in den Finanzämtern müssen aufhören; man sollte Hilfskräfte einstellen und dabei auch abgebaute Beamte bedenken. Mit der Aufhebung und Zusammenlegung von Finanzämtern darf nicht gezögert werden, wenn auch Bayern widerstrebe. Es darf nicht sein, daß auch der Reichsfinanzminister logen muß, in Bayern habe er nichts zu sagen. Die Steuerpolitik des Bürgerblocks ist unsozial und verstoßt den Besitz. Der neue Reichstag muß mit dem Bürgerblock gründlich abrechnen.

Abg. Dr. Feder (Reifoz.) verlangt Offenlegung der Steuerlisten der Bank- und Börsenmagnaten.

Ab. Dorich (Christl. Bauernpartei) beklagt vor allem die Vielheit der Steuern in der Landwirtschaft.

Abg. Bortmann (Wirtsch. Bg.) führt Beschwerde über die Art, in der selbst bei den kleinsten Gewerbetreibenden Buchtreppitionen vorgenommen werden.

Abg. Frau Krnig (Soz.) verlangt schnelle Befriedigung der Ansprüche der früheren Kriegsgefangenen.

Damit schließt die Aussprache. Der Haushalt wird mit der Ausschusshandhabung angenommen.

Vizepräsident Esser kommt zurück auf einen vom nationalsozialistischen Abg. Dr. Feder verlesenen Brief, in dem ein Petent gegen den Präsidenten Lohde den Vorwurf erhebt, er habe eine Petition nicht weitergegeben und eine Druckfahne nicht verteilen lassen. Hierzu stellt Vizepräsident Esser fest, daß an diesen Beschuldigungen kein wahres Wort sei. (Rufe links: Geh! wöllig!)

Präsident Lohde: Ich habe an Herrn Dr. Feder die Frage zu richten, ob er nach dieser Aufklärung nicht von der Rednertribüne aus seine Beschuldigung zurücknehmen will.

Abg. Dr. Feder (Reifoz.): Ich habe lediglich den Brief verlesen. Nachdem die Aufklärung gegeben ist, bitte schön, ist die Sache erledigt. (Stürmische Rufe links: Lump, Schwindler, Berleumder, elender Feigling!)

Um 20¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen das Kriegsjahreshaushaltsgesetz.

Heute Dienstag, 20. März, abends 7¼ Uhr, sprechen im Sprengarten, Treptow Staatsminister a.D. Genosse Carl Severing und Franz Künstler, M.d.R. in einer öffentlichen Kundgebung über

„Die Sozialdemokratie im Reichstagswahlkampf“

Gemeinsamer Abmarsch mit Musik SPD, Treptow: Wiener Brücke / SPD, Baumvorhakenweg: Waldecke 6.45 Uhr, E.-B. Neukölln: Bahnhof Treptow 7 Uhr, E.-B. Kreuzberg: Mariannenplatz 6.45 Uhr.

Massen heraus! SPD, Treptow-Baumvorhakenweg.

Große öffentliche Kundgebung

morgen Mittwoch, 21. März, 19¼ Uhr, im großen Saal des Stadttheaters Köpenick, Friedrichstraße 6. Vortrag: Die politischen Parteien und die Wahlen. Referent: Reichstagsabgeordneter Kurt Heinig. Treffpunkt zum Fackelzug mit Musik um 19 Uhr Bahnhof Köpenick. Männer und Frauen, erscheint in Massen! 108. Abl. Köpenick der SPD.

3=4! ein Problem? Nein!

Denn jedes Auge sieht das verstärkte Format.
jede Nase atmet die aromatische Würze
der verbesserten MOSLEM-Zigarette
zum neuen Preise statt 3 Pf. jetzt 4 Pf.

...also, nur ein - Moslem
PROBLEM



1160

Funkwinkel

Am Sonntag spricht Wilhelm Romaine anlässlich der Revolutionsgedächtnisfeier über den „Deutschen Einigungskampf vor acht Jahrzehnten“. Er skizziert kurz die politische und kulturelle Situation nach dem Wiener Kongress, die fortschreitende Reaktion, die Knebelung der Presse, der freien Meinungsäußerung und des Versammlungsrechts. Entschieden wendet er sich gegen die Angriffe auf das erste deutsche Parlament in der Frankfurter Paulskirche, das gewöhnlich als eine Versammlung politischer Idealisten ohne Erfahrung hingestellt wird. Der Schauspieler Heinrich Witte rezitiert darauf Gedichte von Herwegh und Freiligrath mit dem rhetorischen Schwung, den besonders Freiligrath verlangt. In der Funk-Routine der Etsche Männergesangsverein mit Schubert-Lieder für den Chor bearbeitet und mit Volksliedern. Uebertragungen aus großen Räumen, wie aus dem Großen Schauspielhaus, sind bei ähnlichen Veranstaltungen immer vorzuziehen. Der Ton verliert hierbei weniger an Fülle und Umfang als bei Uebertragungen aus kleinen, gedeckten Senderräumen. So hinterläßt das Konzert einen starken, künstlerischen Eindruck. Die Abendveranstaltung ist die erste in der Reihe der 15ten-Festern des Rundfunks. Sie ist hauptsächlich auf Musik gestellt, sie soll gewissermaßen die Landhaft musikalisch kultivieren, in der „Peer Gynt“ und „Das Fest auf Solhaug“ spielen. Grieg, Schjelderup und Sæviolen bilden trotz sonstiger formaler Beschränkungen eine künstlerische Einheit, die Werte haben dieselbe Grundstimmung, dieselbe lyrische Haltung; anders dagegen der spröde und herbe Pjöhner mit seiner Duertüre zum „Fest auf Solhaug“. Ein Konzert zum Gedächtnis 15ten

besser als „Nordischer Werd“ bezeichnet werden. Jedenfalls ist es eine Bereicherung von künstlerischem Format.

Am Schluß ihres Vortrages über Ibsens Frauengestalten am Montag nachmittag erklärt Olga Stieglitz, daß drei Ibsensche Frauen, Helwig aus der „Wildente“, und Naja und Solvøig aus „Peer Gynt“ keiner kritischen Analyse bedürften, denn sie seien ganz Natur. Scheinbar glaubt Olga Stieglitz tatsächlich, daß sie die anderen Frauen analysiert habe. Der Vortrag nahm vorweg, was Carl Strieder gleich darauf prägnanter über Ibsens Dramen sagt. Strieder gibt in erster Linie das Gesamtbild des Werkes, dann auch eine erweiterte Inhaltsangabe und die Probleme und die Reaktionen der Dichtung. Es ist ein Gedächtnisvortrag ohne übersteigerten Jubel und ohne ablehnende Kritik. Strieder beharrt immer eine ruhig abwägende Haltung. Aber bei der Charakterisierung der „Hedda Gabler“ behauptet er gerade das Gegenteil von dem, was Olga Stieglitz herausgefunden hat. Es kommt nicht darauf an, wer Recht hat; jede Figur eines Dramas kann verschieden ausgelegt werden. Innerhalb einer Stunde wurden also zwei grundverschiedene Meinungen über denselben Gegenstand geäußert. Wenn soll der Hörer glauben? Die Kapelle Dr. Jurek v. Szilagyi spielt im Nachmittagskonzert ungarische Musik von schwerer blühender Melodik, von welcher zerstückelter Melancholie, die erst wieder verschwindet, wenn das Lied zum Tanz wird. Abends die Uebertragung von Gounods „Der Arzt wider Willen“ aus der Staatsoper.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgebung (Nachdr. verb.). Noch trocken und heiß, Temperaturen am Tage noch etwas höher, nachts leichter Frost. — Für Dresden: Nur in Westdeutschland strichweise etwas Regen, im übrigen Reich trocken und vielwolkig. Temperaturen überall im ganzen Reich etwas höher, im Osten und Süden noch ziemlich strenge Nachfröste.

Der Volkshochschule Harmonie-Charlottenburg (Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes) wiederholt sein Konzert „Humor und Satire“ im Pilsener am Sonnabend, 24. März, abends 8 Uhr, in der Hochschule für Kunst, Kariens a 75 Pl. an der Straße. Zum Vortrag gelangen Kinder-, Jugend-, Männer- und gemischte Chöre.

Betten-Ausstellung Grünfeld.

In der Frage einer angenehmen, zweckmäßigen und hygienischen Wohn- und Lebensweise spielt unzweifelhaft das Bett eine nicht unwesentliche Rolle. Schließlich verbringen wir doch einen ganz beträchtlichen Teil unseres irdischen Existenzjahres auf diesem Pfluch, der weder einem überladenen Stuhl, noch einem allzu steifen Matratzen gleichen soll. Das Bett muß sich seiner äußeren Gestalt nach den Raumverhältnissen sowie den übrigen Einrichtungsgegenständen anpassen und seine Inneneinrichtung soll allen Ansprüchen bequemer und gesunder Liegemöglichkeit entsprechen. Interessant ist ein aus der Zeit Ludwigs XV. stammendes Brunkbett, das die prophesymatische Ueberladenheit früheren Wohnstills, gepaart mit einer mehr als primitiven körperlichen Hygiene aufweist. Das Bett selbst, ornamentengeschmückt, verziert mit Säulen und Säulchen, darüber ein prächtiger Bettimmel mit Neureusen, Goldranken und allem möglichen Zierrat, die Bettdecke aus schwerer, leuchtender Seide und darunter schliefen die Menschen der damaligen Zeit auf bezogenen Decken und Kissen, ohne Latex. Daneben zeigt die Ausstellung eine reiche Auswahl von Betten, wie sie sein sollen. Einfach in der Form, mit guten, bequemen Einlagen, die Bezüge aus feinem oder berberischen Wollstoff, mit Häutchen, Widelajour oder Häutchen, einfachen Flachstichmotiven, Bettdecken aus Wollstoff, Pikee, Rips, wollenen, oder halb wollenen Schladdecken. Die Bettstellen selbst aus Kiefernholz, durchweg in ruhigen, geraden Formen gehalten. Verschiedenartigste Nachhemden, Pyjamas und Morgenröcke vervollständigen das Bild.

Theater, Lichtspiele usw.

Dienstag, 20.3.28 Staatsoper Am P.L. Republik. 7 Uhr Tristan u. Isolde	Dienstag, 20.3.28 Städtische Oper Bismarckstr. 8-10 Uhr, 11. Akt 7 1/2 Fidelio
Städt. Schauspielh. Am Lindenmarkt 8 Uhr Prinz Louis Ferdinand	Städt. Schillerth. Charlottenburg 8 Uhr Das Duell am Lido

Deutsches Theater
Norden 12 310
Abonnementsbüro:
Norden 10 338-39,
7 1/2 Uhr, Ende 10 U.
Zwölftausend

Kammerspiele
Norden 12 310
7 1/2 Uhr, Ende nach 10
Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?

Die Komödie
Bismarck 2414/7316
7 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 U.
Zam 59. Mal: Marcel Fradelin (Der Eunuch)



Sie werden das selbe sagen,

was Millionen erfahrener Hausfrauen immer wieder betonen, wenn sie vergilbte oder graue Wäsche durch Sil, Senfens beliebtes Bleichmittel, schneeweiß erhielten:

Sil zum Bleichen ohne Gleichen!

Volksbühne
Theater am Oldenplatz 17, am Schiffbauerdamm
7 1/2 Uhr
Peer Gynt

8 Uhr
Der Zigarettenkasten

Großes Schauspielhaus
Arlang
8 Uhr
REGIE: CHARELL
DOMPADOUR MASSARY
Sonntag am 3 Uhr halbe Preise

Berliner Theater
Direktion Kuhnert
Nebenbühne 31 11, Neb. 12
Heute 7 1/2 Uhr
Premiere
„Die Bolle Sisters“
Ein Berliner Volksstück von Wilhelm Franke. — Von Michael, Len 1016, Len 1016

Lustspielhaus
8 1/2 Uhr
Guide Thalescher
„Unter Geschäftsaufsicht“

Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Zigeunerbaron

Kürfürst a. G. (Wien)
Lichtenstein
Holbauser, Fleischer
Bel. Stadth. Wiener
Brosch. Brandt

Komödienhaus
Norden 6304
Tägl. 8 1/2 Uhr
Broadway

Piscatorbühne
Theater am Nollendorfplatz
Kurfürst 2091/93
Anf. 8, Ende geg. 11
Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk
mit Max Falkenberg
insz. Erwin Piscator

8. SCALA
Nollendorf 7200
Enrico Rastelli
und weitere internationale Variété-Attraktionen.

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Straße 6. Tel. Mpl. 16077
Täglich 8 Uhr
Sonntag, nachmittags 3 Uhr
Elite-Sänger
im März-Spielplan d. gr. Schlager
„Oh diese Schwiegermütter“
Volksstück in 1 Akt.
Ferner: Schorsch Russell, der Meister der Komik in „Frühlingstauer“

Rose-Theater
Gr. Frankl. Str. 132
8 1/2 Uhr
Der Flicker

Reichshallen-Theater
8 Uhr, Sonntag, nachm. 3 Uhr.
Das wundervolle Progr. der
Stettiner Sänger
nachm. ermäß. Preise.
Wöhlfahrt-Brettl
Glänzendes Variété-Programm!
Tanz! Anfang 8 Uhr, Mpl. 514

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Errika Glessner
in
„Gretchen“
Für Jugendliche nicht geeignet

Theater I. d. Lützowstr.
Tel. Kurt. 9209-10.
Täglich 8 1/2 Uhr
Bennet
contra
Aschenbrödel

Residenz-Theater
Tägl. 8 1/2 Uhr;
Kein Polizeiverbot
Oskar Ebelbacher in
Schule der Liebe
Frans. Schwank in 3 Akten.
Für Jugendl. verb.
Für Fortwährende halbe Preise

Th. im Admiralspalast
Tägl. 8 1/2 Uhr
HALLER-REVUE
„Wann und wo“
Schluss der Spielzeit 25. März

Renaissance-Theater
Steinplatz 99.
8.30 Uhr
Coeur Buba.

Wintergarten
Otto Reutter und das Orchesterprogramm

Thalia-Theater
Dresdener Str. 72/73
8 U.: Das Kamel geht durch das Nadelohr

Metropol-Th.
Zentrum 128 24
8 1/2 Uhr
Der Graf von Luxemburg
Willy Kaiser, hoch acht. Bühnenk. Katholik, sehr. toll. Hoffmann

Thalia-Theater
Dresdener Str. 72/73
8 U.: Das Kamel geht durch das Nadelohr

Uraufführung des lustigen Abenteuerfilms der Aala

Der größte Gauner des Jahrhunderts

Regie: Max Obal

mit Luciano Albertini
Hans Albers, Vivian Gibson, Gritta Ley

5, 7, 9 Uhr
Primus-Palast
Poldamer Str.

4, 6.30, 9 Uhr
Primus-Palast
Hermannplatz

Jugendliche haben Zutritt!

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Dienstag, den 20. März, abends 7 Uhr, im Jugendheim des Verbandshaus, Cienstr. 53-55

Branchenversammlung aller Werkzeugmacher-Lehrlinge Groß-Berlins

Tagesordnung: 1. Bericht des stellv. Vorsitzenden: Vom Handwerk zum modernen Industriearbeiter. 2. Verhandlungsgegenstände.

Branchenversammlung der Bauanschläger

Tagesordnung: 1. Bericht des stellv. Vorsitzenden: Vom Handwerk zum modernen Industriearbeiter. 2. Verhandlungsgegenstände.

Branchenversammlung der Bauanschläger

Tagesordnung: 1. Bericht des stellv. Vorsitzenden: Vom Handwerk zum modernen Industriearbeiter. 2. Verhandlungsgegenstände.

Branchenversammlung der Jellensarbeiter

Tagesordnung: 1. Bericht des stellv. Vorsitzenden: Vom Handwerk zum modernen Industriearbeiter. 2. Verhandlungsgegenstände.

Branchenversammlung der Rohrlieger und Helfer

Tagesordnung: 1. Bericht des stellv. Vorsitzenden: Vom Handwerk zum modernen Industriearbeiter. 2. Verhandlungsgegenstände.

Branchenversammlung aller Hobler, Bohrer, Fräser, Stoheru. weibl. Beruungsangehörigen

Tagesordnung: 1. Bericht des stellv. Vorsitzenden: Vom Handwerk zum modernen Industriearbeiter. 2. Verhandlungsgegenstände.

Spielplan unserer Kulturabteilung

In der Woche vom 19. bis 25. März:
1. Schiffbrüche unter Kanakoblen (Gedichte auf New-Guinea).
2. Gond führt sein Auto inszenieren.
3. Jellensarbeiter haben von aus der Beruungsmaschinen-Industrie

Verkäufe

Kollektion: Kinderwagen, Giern, Schattentische 1920.
Kollektion: 24x34, 30, 36, 42, 48, 54, 60, 66, 72, 78, 84, 90, 96, 102, 108, 114, 120, 126, 132, 138, 144, 150, 156, 162, 168, 174, 180, 186, 192, 198, 204, 210, 216, 222, 228, 234, 240, 246, 252, 258, 264, 270, 276, 282, 288, 294, 300, 306, 312, 318, 324, 330, 336, 342, 348, 354, 360, 366, 372, 378, 384, 390, 396, 402, 408, 414, 420, 426, 432, 438, 444, 450, 456, 462, 468, 474, 480, 486, 492, 498, 504, 510, 516, 522, 528, 534, 540, 546, 552, 558, 564, 570, 576, 582, 588, 594, 600, 606, 612, 618, 624, 630, 636, 642, 648, 654, 660, 666, 672, 678, 684, 690, 696, 702, 708, 714, 720, 726, 732, 738, 744, 750, 756, 762, 768, 774, 780, 786, 792, 798, 804, 810, 816, 822, 828, 834, 840, 846, 852, 858, 864, 870, 876, 882, 888, 894, 900, 906, 912, 918, 924, 930, 936, 942, 948, 954, 960, 966, 972, 978, 984, 990, 996, 1000.

Paul Schmidt

Am 16. März entließ ich an den Folgen eines Schlaganfalls mein guter Mann, der Lagerhalter Paul Schmidt, im Alter von 66 Jahren. In tiefer Trauer Frau Marie Schmidt, geb. Bauer.

Familien-Anzeigen

L. Juergens Alexanderplatz

Kapitän-Kaufabak

die Qualitätsmarke 18 Pl. Kapitän-Kopenhagener 20 Pl. In den meisten Geschäften erhältlich

Verkäufe

Kollektion: Kinderwagen, Giern, Schattentische 1920.

Aktionen

Reifebekleidungsstücke, Wäsche usw.

Nähmaschinen

Beste Nähmaschinen gegen 3-Mark-Bezahlung. Stoff, Trummel, 180, 200, 220, 240, 260, 280, 300, 320, 340, 360, 380, 400, 420, 440, 460, 480, 500, 520, 540, 560, 580, 600, 620, 640, 660, 680, 700, 720, 740, 760, 780, 800, 820, 840, 860, 880, 900, 920, 940, 960, 980, 1000.

Möbel

Reifebekleidungsstücke, Wäsche usw.

Zimmer

Beste Nähmaschinen gegen 3-Mark-Bezahlung. Stoff, Trummel, 180, 200, 220, 240, 260, 280, 300, 320, 340, 360, 380, 400, 420, 440, 460, 480, 500, 520, 540, 560, 580, 600, 620, 640, 660, 680, 700, 720, 740, 760, 780, 800, 820, 840, 860, 880, 900, 920, 940, 960, 980, 1000.

Nielgesuche

Einmal möbliertes Zimmer, möglichst nahe Zoo- oder Untergrundbahnstation, von jungem Parteigenossen zum 1. April gesucht. Angebote mit Preisangabe unter R. 7 an den „Vorwärts“ erbeten.

KLEINE Redakteur gesucht!

Redakteur gesucht, der den gewerkschaftlichen und wirtschaftspolitischen Teil bearbeiten soll und auf diesen Gebieten ein fundiertes Kenntnisse und reiche Erfahrung besitzt. In Betracht kommt nur eine führende journalistische Kraft. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind bis 15. April 1928 zu richten an den Vorsitzenden der Profikommision Conrad Brodzki, Frankfurt am Main, Alterholligenstraße 57.